

Warschau, den 6. September 2017

BAS-WAP - 1455/17

Herrn Abgeordneten
Arkadiusz Mularczyk
Parlamentarischer Klub
Recht und Gerechtigkeit

Ein Rechtsgutachten

**zu den Möglichkeiten einer Geltendmachung von Entschädigungsansprüchen
Polens gegenüber Deutschland für die durch den Zweiten Weltkrieg
verursachten Schäden vor dem Hintergrund völkerrechtlicher Verträge**

Thesen des Gutachtens

1. Während des Zweiten Weltkriegs erlitt Polen, gemessen an der Bevölkerungszahl und dem Gesamtvermögen, die höchsten Menschen- und materiellen Verluste von allen europäischen Staaten. Die Schäden ergaben sich nicht nur aus den Kriegshandlungen, sondern vor allem auch aus der deutschen Besatzungspolitik, insbesondere aus der gezielten und organisierten Vernichtung der Bevölkerung in den besetzten polnischen Gebieten sowie der intensiven Ausbeutung der polnischen Gesellschaft, was auch die Zwangsarbeit und die vorsätzliche Sachbeschädigung, u.a. die Zerstörung der polnischen Hauptstadt Warschau, umfasste.
2. Daher ist es legitim zu sagen, dass die Republik Polen einen Anspruch auf Entschädigungen von der Bundesrepublik Deutschland hat und die Behauptung, dass die Ansprüche abgelaufen oder verjährt seien, unbegründet ist.

3. Angesichts des Inhalts u.a. des 4. Haager Abkommens von 1907, der Ergebnisse der Potsdamer Konferenz sowie des Verhaltens Deutschlands gegenüber den anderen im Zweiten Weltkrieg geschädigten Staaten, das in dem Abschluss von Verträgen mit ihnen und der Auszahlung von Entschädigungen bestand, sollte der deutsche Staat dem polnischen die mit der Zeit des Zweiten Weltkriegs verbundenen Schäden kompensieren.
4. Laut Nachkriegsschätzungen beliefen sich die materiellen Schäden am Staats- und Privateigentum, die von Deutschland im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg verursacht worden waren, auf über 258 Milliarden Vorkriegs-Zloty. Nach Umrechnung in Dollar bezifferten sie sich auf ca. 48,8 Milliarden US-Dollar, wobei die Umrechnung auf dem Wechselkurs vom August 1939 beruhte, nach dem 1 Dollar 5,3 Zloty entsprach. Die Schäden am Anlagevermögen betragen schätzungsweise 62 Milliarden Vorkriegs-Zloty, was dem 3,5-Fachen der vom polnischen Staat im Ersten Weltkrieg erlittenen Schäden (17,8 Milliarden Vorkriegs-Zloty) entsprach.
5. Die Menschenverluste Polens summierten sich auf mehr als 6 Millionen. 1946 betrug die Anzahl der lebenden polnischen Staatsangehörigen, die durch die Verbrechen und den Terror des deutschen Dritten Reiches geschädigt worden waren, 10.084.585 Personen.
6. Polen wie auch die UdSSR hatten während des Krieges die höchsten Verluste und Schäden erlitten. Trotzdem standen die von Deutschland geleisteten finanziellen Entschädigungen an Polen und polnische Staatsangehörige in keinem Verhältnis zu den Schäden, geschweige denn, dass sie durchaus niedriger waren als die Entschädigungen, die die Bundesrepublik Deutschland an andere Staaten und ihre Staatsangehörigen zahlte. Die BRD bestimmte für polnische Staatsangehörige ca. 600 Millionen DM, was die Auszahlungen an die Opfer pseudomedizinischer Menschenversuche und die Auszahlungen an die Stiftung Polnisch-Deutsche Aussöhnung umfasste. Die Summe beträgt nicht einmal 1% der Summe, die die deutsche Regierung nach dem Zweiten Weltkrieg in Form von Entschädigungen an die Bürger der westeuropäischen Staaten, der Vereinigten Staaten und Israels auszahlte.
7. Gemäß Art. 3 des 4. Haager Abkommens von 1907 betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs, das auch von Deutschland unterzeichnet wurde, ist die Kriegspartei für alle Handlungen verantwortlich, die von den zu ihrer

bewaffneten Macht gehörenden Personen begangen werden. Dieser Pflicht gegenüber Polen ist Deutschland bis heute nicht nachgekommen.

8. Während der Potsdamer Konferenz wurde entschieden, dass „Deutschland gezwungen werden soll, in größtmöglichem Ausmaß für die Verluste und die Leiden, die es den Vereinten Nationen verursacht hat, und wofür das deutsche Volk der Verantwortung nicht entgehen kann, Ausgleich zu schaffen“. Dies wurde bis heute gegenüber Polen nicht realisiert. Nach der Potsdamer Konferenz wurde das Pariser Reparationsabkommen von 1946 zur Aufteilung von Reparationsansprüchen der west- und osteuropäischen Staaten sowie der Staaten Asiens und Afrikas abgeschlossen, wobei Polen nicht berücksichtigt wurde.
9. Außer der Verpflichtung, dass die UdSSR die Reparationsansprüche Polens aus ihrem eigenen Anteil an den Reparationen befriedigen sollte, enthält das Potsdamer Protokoll keine Bestimmung, nach der Polen keinen Anspruch auf andere direkt von Deutschland zu leistende Zahlungen hätte.
10. In einem Memorandum der polnischen Regierung, das während der im Januar 1947 in London organisierten Konferenz der stellvertretenden Außenminister übergeben wurde, wurde *expressis verbis* festgestellt: „in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen, wonach Deutschland gezwungen werden soll, in größtmöglichem Ausmaß für die Verluste und die Leiden, die es den Vereinten Nationen verursacht hat, Ausgleich zu schaffen, behält sich Polen das Recht vor, weitere konkrete Anträge in diesem Zusammenhang zu stellen“.
11. Nach dem Ersten Weltkrieg, und zwar am 31. Oktober 1929, schlossen Polen und Deutschland das sog. Liquidationsabkommen ab, das die mit dem Krieg und dem Friedensvertrag von Versailles verbundenen finanziellen und Vermögensansprüche regelte. Das Abkommen wurde im Gesetzblatt der Republik Polen veröffentlicht. Kein Abkommen solcher Art wurde nach dem Zweiten Weltkrieg zwischen Polen und Deutschland abgeschlossen. Die Bundesrepublik Deutschland schloss hingegen mit anderen Staaten als Polen separate Entschädigungsabkommen ab – vor allem die Bonner Konvention sowie bilaterale Abkommen mit 12 europäischen Staaten in den Jahren 1959 – 1964 betreffend individuelle Entschädigungen an die Bürger dieser Staaten.
12. Die unilaterale Erklärung des Ministerrates vom 23. August 1953 über den Verzicht der Volksrepublik Polen auf die Kriegsreparationen verletzte die

damals gültige Verfassung vom 22. Juli 1952, weil nicht der Ministerrat, sondern der Staatsrat für die Ratifizierung und Kündigung von völkerrechtlichen Verträgen zuständig war. Diese Erklärung wurde nicht aus der Initiative der polnischen Regierung abgegeben, sondern aus der Initiative und auf Druck der UdSSR. Darüber hinaus betraf der Verzicht nach dem Inhalt des Protokolls vom 19. August 1953 zur Sitzung des Ministerrates nur die Deutsche Demokratische Republik.

- 13.** Die Volksrepublik Polen versuchte mehrmals nach dem Zweiten Weltkrieg die deutschen Reparationen zu regeln. Dies fand u.a. in der 21. Und 22. Sitzung der UN-Menschenrechtskommission statt und war damit verbunden, was der polnische Delegierte damals zum Ausdruck brachte: „polnische Staatsangehörige bekommen angesichts der diskriminierenden Rechtsvorschriften der BRD bis heute keine Entschädigung und die BRD ist sich nicht der Pflicht bewusst, diese tragische Schuld gegenüber dem polnischen Volk zu begleichen“. Viele Jahre über war es wegen der zweipoligen Spaltung der Welt nicht möglich, sich mit der Frage der Entschädigungen auseinanderzusetzen, was mit der Politik der BRD verbunden war sowie damit, dass es zwei deutsche Staaten gab.
- 14.** Wie A. Klafkowski feststellte: „Im völkerrechtlichen Recht verjähren Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht. Dasselbe gilt für Entschädigungen für solche Verbrechen“.
- 15.** In dem am 12. September 1990 unterzeichneten Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland, das auch als „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ bekannt ist, wurde die Frage der Kriegsreparationen gar nicht ergriffen; man setzte sich lediglich generell mit der abschließenden Regelung der Frage des Zweiten Weltkrieges auseinander. Des Weiteren war Polen damals keine Vertragspartei.
- 16.** Entsprechend einer Vereinbarung zwischen der polnischen und der deutschen Regierung vom 16. Oktober 1991 wurde die Stiftung Polnisch-Deutsche Aussöhnung gegründet. Die Stiftung zahlte zwischen 1992 und Mitte 2004 insgesamt 731.843.600 Zloty an 1.060.689 Personen aus, also 689,97 Zloty pro Person.
- 17.** Die Tatsache, dass die Reparationsansprüche für die durch den Zweiten Weltkrieg verursachten Schäden mehr als 60 Jahre lang nicht geregelt wurden,

hat zur Folge, dass der weitaus größte Teil der 10.084.585 Personen, die durch die Verbrechen und den Terror des deutschen Dritten Reiches geschädigt worden waren, verstorben sind, ohne entschädigt worden zu sein.

18. Der Inhalt der geltenden völkerrechtlichen Rechtsakten sowie die Nachkriegspraxis in Sachen Reparationen, davon die diskriminierende Politik der BRD gegenüber Polen und polnischen Staatsangehörigen im Vergleich zu anderen Staaten, an die - obwohl ihre materiellen und Menschenverluste niedriger waren - bedeutend höhere Entschädigungen ausgezahlt wurden, sprechen für eine Geltendmachung von Reparationsansprüchen Polens gegenüber Deutschland für die durch den Zweiten Weltkrieg verursachten Schäden.

II. Gegenstand des Gutachtens

Gegenstand dieses Gutachtens sind die rechtlichen Möglichkeiten einer Geltendmachung von Reparationsansprüchen der Republik Polen gegenüber Deutschland für die durch den deutschen Angriff während des Zweiten Weltkrieges verursachten materiellen und Menschenverluste und insbesondere die Frage, ob andere Staaten ihre Reparationsansprüche gegenüber Deutschland für die materiellen und Menschenverluste geltend gemacht haben. Das Gutachten wurde im Auftrag von Herrn Abgeordneten Arkadiusz Mularczyk vorbereitet. Der Auftrag wurde am 12. Juli 2017 r. vom Büro für Sejm-Analysen entgegengenommen.

III. Allgemeines

Ein Krieg führt zur Entstehung von gegenseitigen Verlusten der Kriegsparteien. Es handelt sich sowohl um materielle als auch Menschenverluste. Die Frage der Entschädigungen, die mit dem Ende eines Krieges verbunden sind, ist seit langem im Völkerrecht zu finden. Besonders bekannt ist die aus dem Spätmittelalter stammende Unterscheidung in gerechte und ungerechte Kriege. Sie ist auf die wissenschaftliche Tätigkeit zweier Rektoren der Krakauer Akademie zurückzuführen, die im 15. Jahrhundert lebten: Stanisław aus Skarbimierz und Paweł Włodkowic aus Brudzeń. Der erste von ihnen systematisierte in seinen Predigten *O wojnach sprawiedliwych* (*De bellis iustis*) [Über gerechte Kriege] und *O rozboju* (*De rapina*) [Über den Raub]

das Recht des öffentlichen Krieges. Seiner Meinung nach ist ein Krieg ein Zeichen der staatlichen Macht. Er differenzierte gerechte Kriege aus, die geführt werden, um den Staat oder verletzte Rechte zu verteidigen¹. Nach Stanisław aus Skarbimierz zieht ein ungerechter Krieg die Pflicht nach sich, eine Entschädigung zu zahlen, wobei diese Entschädigung nicht von dem Staat zu zahlen ist, der einen gerechten Krieg erklärte und ihn gesetzmäßig führte². Der zweite von ihnen u.a. vertrat den damaligen polnisch-litauischen Staat auf dem Konzil von Konstanz (1414 – 1418) hinsichtlich des Konflikts mit dem Deutschritterorden. Er vertrat die Auffassung, dass nur gerechte Kriege zulässig sind: „Da im Prinzip nur ein Verteidigungskrieg zulässig ist bzw. im äußersten Fall geführt wird, um den unrechtmäßig verletzten Zustand wiederherzustellen, soll jede Beute nur einer Entschädigung für den unrechtmäßigen Schaden dienen“³.

Diese im 15. Jahrhundert zum Ausdruck gebrachten Ansichten haben erheblich zur Entwicklung der Kriegstheorien beigetragen. In der Praxis konnte ein Kriegsende nicht nur in Gebietsabtretungen an die gewinnende Partei, sondern auch in der Erhebung von Kontributionen vom verlierenden Staat bestehen. Dies bedeutete, dass die verlierende Partei eine bestimmte Leistung bezahlte, entweder in Form einer Sach- oder Geldleistung. Nichtsdestoweniger wurde die Frage der Kriegsentschädigungen im Kontext der im 19. Jahrhundert geführten Kriege erörtert, beginnend von den Napoleonischen Kriegen, und die Frage der Kriegsreparationen - vor allem im Zusammenhang mit dem Friedensvertrag von Versailles zum Ende des Ersten Weltkriegs. Als Exemplifizierung der Kriegsreparationen im 19. Jahrhundert gilt der Friedensvertrag, der den Deutsch-Französischen Krieg beendete, wonach Frankreich zur Zahlung einer Reparation in Höhe von fünf Milliarden Franken an das II. Deutsche Kaiserreich (in dem Text hieß es: an Seine Kaiserliche Majestät, den Deutschen Kaiser) verpflichtet war. Die Zahlung von einer Milliarde Franken sollte 1871 erfolgen und die Zahlung des restlichen Teils innerhalb von drei Jahren nach der Ratifizierung des Vertrags⁴.

¹ Siehe L. Ehrlich, *Paweł Włodkowic und Stanisław aus Skarbimierz*, Warszawa 1954, S. 24, 188 ff.; J. Bardach, *Historia państwa i prawa Polski, tom I do połowy XV wieku*, Warszawa 1973, S. 432 ff.; R. Bierzanek, *Wojna a prawo międzynarodowe*, Warszawa 1982, S. 31.

² Siehe L. Ehrlich, *Polski wkład prawa wojny XV wieku*, Warszawa 1955, S. 71 – 73.

³ L. Ehrlich, *Pisma wybrane Pawła Włodkowica*, Warszawa 1968, S. LXI, 74 – 75.

⁴ *Prawo międzynarodowe i historia dyplomatyczna. Wybór dokumentów*, Einführung und Bearbeitung L. Gelberg, Bd. I, Warszawa 1954, S. 110.

Die Grundsätze des Kriegsrechts wurden an der Wende zum 20. Jahrhundert formuliert vor allem im Zusammenhang mit der Bestätigung der sog. Haager Abkommen durch eine Reihe von Staaten⁵. Von Bedeutung war das 4. Haager Abkommen von 1907 betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs. In Art. 3 des Abkommens ist zu lesen: „Die Kriegspartei, welche die Bestimmungen der bezeichneten Ordnung verletzen sollte, ist gegebenen Falles zum Schadensersatz verpflichtet“ und „sie ist für alle Handlungen verantwortlich, die von den zu ihrer bewaffneten Macht gehörenden Personen begangen werden“⁶. Aus dem Inhalt des zitierten Artikels geht hervor, dass ein Staat, der die Bestimmungen der Haager Ordnung verletzt, einen in diesem Zusammenhang entstandenen Schaden zu ersetzen hat. Des Weiteren ist der Staat für alle Handlungen verantwortlich, die seine bewaffnete Macht begeht⁷.

IV. Entschädigungszahlungen im Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg

Der Erste Weltkrieg hinterließ ein bis dato im Zuge früherer bewaffneter Konflikte unbekanntes Ausmaß an Zerstörungen. Außerdem - wie Szymon Rundstein, ein heute in Vergessenheit geratener Experte für internationales Recht und Rechtstheoretiker, der im Jahr 1942 in Treblinka ermordet wurde, bereits im Jahr 1916 festgestellt hatte, „hat jeder Krieg einen anderen Charakter, eine andere Intensität und andere Eigenschaften, die von den Umständen geprägt sind und die sich im Voraus nicht vorhersehen lassen. Wenn das juristische Fachwissen über moderne Kriege vor der Frage steht, wie und inwieweit Kriegsschäden zu entschädigen sind, können dabei die – wenigen und nicht darüber hinaus nicht ausreichenden – Anhaltspunkte, die die Erfahrung aus bewaffneten Konflikten der Vergangenheit liefert, nicht ausschlaggebend sein. Diese wären nämlich unverhältnismäßig: der moderne Kampf zeichnet sich durch einen solchen Druck und eine solche Skala aus, wie sie selbst in

⁵ Siehe Z. Cybichowski, *Wojna*, (in:) *Encyklopedia Podręczna Prawa Publicznego (konstytucyjnego, administracyjnego i międzynarodowego)*, Bd. II, Hrsg. Z. Cybichowski, Warszawa 1930, S. 1128 – 1132; S. Dąbrowa, *Haskie konferencje i konwencje prawa wojny*, (in:) *Encyklopedia prawa międzynarodowego i stosunków międzynarodowych*, Hrsg. A. Klafkowski, J. Symonides, Warszawa 1976, S. 95 – 96.

⁶ *Prawo międzynarodowe i historia dyplomatyczna. Wybór dokumentów*, Einführung und Bearbeitung L. Gelberg, Bd. I, Warszawa 1954, S. 254 – 255.

⁷ Ausführlicher: L. Domański, *Wojna jako tytuł prawny do wynagrodzenia za szkody i straty. Zarys teorii i praktyki prawa międzynarodowego, prywatnego i publicznego*, Warszawa 1915, S. 12 ff.; Sz. Rundstein, *Szkody wojenne. Teoria nadzwyczajnych indemnizacyj w prawie publicznem*, Warszawa 1916, S. 7 – 14, S. 120 ff.; R. Bierzanek, *Wojna a prawo międzynarodowe*, Warszawa 1982, S. 94 – 97.

der neuesten Vergangenheit nie vorgekommen sind“, und „die Bezugnahme auf historische und dogmatische Analogien in diesem Zusammenhang, um die Frage der Kriegsschädigungen zu beantworten, wird nur in sehr eingeschränktem Maße möglich sein.“⁸.

Von diesem Standpunkt aus hatte während des Ersten Weltkriegs der Einmarsch und die Besetzung des sog. Kongresspolens in den Jahren 1915-1918 durch die deutsche und österreichisch-ungarische Armee wesentliche Bedeutung. In dieser Zeit (1916-1918) funktionierte das Zentrale Wohlfahrtskomitee (Rada Główna Opiekuńcza), das Kriegssopfern Hilfe zukommen ließ⁹. Interessanterweise funktionierte diese Einrichtung auch in den Jahren 1940-1945 auf dem Gebiet des Generalgouvernements. Die Abteilung für die Erfassung von Kriegsschäden des Zentralen Wohlfahrtskomitees veröffentlichte ab 1917 eine Reihe von Schriften unter dem Titel *Likwidacja skutków wojny w dziedzinie stosunków prawnych i ekonomicznych w Polsce* [Beseitigung von Kriegsschäden vor dem Hintergrund rechtlicher und wirtschaftlicher Beziehungen in Polen], in denen u.a. Entschädigungstheorien, die damaligen Kriegsschäden und das 19. Jahrhundert insgesamt thematisiert wurden, insbesondere mit Schwerpunkt auf den polnischen Gebieten¹⁰. Von Interesse in diesem Zusammenhang sind die Erkenntnisse von Władysław Maliniak, der die Kriegsschäden und -verluste in fünf Gruppen je nach Ursache unterteilte:

1) im Zuge direkter Kriegshandlungen entstanden;

⁸ Sz. Rundstein, *Szkody wojenne. Teoria nadzwyczajnych indemnizacyj w prawie publicznem*, Warszawa 1916, S. 3.

⁹ Siehe J. Bardach, *Przemiany ustrojowo-polityczne w latach I wojny światowej*, (in:) K. Grzybowski, *Historia państwa i prawa Polski, Band IV od uwłaszczenia do odrodzenia państwa*, Warszawa 1982, S. 660.

¹⁰ Siehe Sz. Rundstein, *Szkody wojenne a współczesne prawo narodów*, Warszawa 1917; L. Gajewicz, *Własność nieruchomości i Towarzystwa Kredytowe po wojnie*, Warszawa 1917; L. Babiński, *Rejestracja i indemnizacja strat wojennych w świetle ustaw, wydanych: we Francji po r. 1814-15 i 1870-71, w Niemczech po r. 1870-71, w Austrii po r. 1866, w Rosji po r. 1904-5*, A. Kraushar, *Sprawa likwidacji strat wojennych za Księstwa Warszawskiego (1807-15)*, Natalia Gąsiorowska, *Rekwizycje w Księstwie Warszawskim, okupowanym przez Rosję w roku 1813-15*, J. Iwaszkiewicz, *Rejestracja i indemnizacja strat wojennych na Litwie po roku 1812*, in: Band II, Warszawa 1917; Sz. Rundstein, *Szkody wojenne a współczesne prawo narodów*, W. Maliniak, *Tytuł do indemnizacji strat wojennych*, Band III, Warszawa 1917; W. Mazurkiewicz, *Zasady indemnizacji strat wojennych w ich rozwoju historycznym*, M. Kuratow, *Odszkodowanie strat wojennych w oświetleniu niemieckich ustaw obecnych*, Band IV, Warszawa 1917; E. Strasburger, *Finanse Warszawy podczas wojny*, W. Fajans, *Nasza przyszła waluta*, Band V, Warszawa 1918; K. Olszowski, *O zamierzonym obciążeniu Królestwa Polskiego częścią długu wojennego Austro-Węgier*, Band VI, Heft 2, Kielce 1918.

- 2) im Zuge von Handlungen entstanden, die im direkten Zusammenhang mit dem Kampfeinsatz standen, jedoch keine direkten Folgen derselben waren (z.B. Enteignung, Sequestration);
- 3) im Zuge von Handlungen entstanden, die gegen die Rechte und Bräuche des Landkriegs verstoßen;
- 4) im Zuge der Änderung der Gesamtheit der Beziehungen durch den Kriegsausbruch entstanden;
- 5) im Zuge von Handlungen der Armee oder Regierung des eigenen Staats bzw. des Besatzungsstaats entstanden.

Die ersten beiden Gruppen gehörten seiner Ansicht nach zu den tatsächlichen Schäden (*damnum emergens*), die vierte Gruppe umfasste entgangene Vorteile (*lucrum cessans*) und die beiden verbleibenden (Gruppe 3 und 5) gehörten sowohl zu den tatsächlichen Schäden als auch zu den entgangenen Vorteilen¹¹. Die aufgeführten Kategorien deckten laut Maliniak alle Kriegsschäden ab, d.h. alle empfindlichen Nachteile, „die nicht eingetreten wären, wäre der Krieg nicht ausgebrochen“. Dabei füge er an, dass „sich eine solch umfangreiche Definition der Grenzen des Begriffs Kriegsschaden durch den Umstand erklärt, dass für die weiteren Ausführungen der Standpunkt des geschädigten polnischen Volkes maßgeblich ist, dem die juristische Einordnung der erlittenen Schäden angesichts der absoluten Folgen derselben relativ gleichgültig ist“¹².

Als Konsequenz wurden nach Ende des Ersten Weltkriegs eine Reihe von Friedensverträgen zwischen den betroffenen Parteien des bewaffneten Konflikts abgeschlossen. Allerdings traten bereits während der Sitzungen der Friedenskonferenz maximalistische und minimalistische Tendenzen bezüglich der Höhe der Entschädigungszahlungen zu Tage. Außerdem kam der Vorschlag zur Sprache, die Befugnisse zur Ermittlung der Schadenshöhe einer eigens einberufenen Entschädigungskommission zu überlassen¹³. Aus Sicht der Entschädigungszahlungen und der Interessen des damaligen polnischen Staats hatte der Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919¹⁴ große Bedeutung, und dabei insbesondere Teil VIII -

¹¹ W. Maliniak, *Tytuł do indemnizacji strat wojennych*, Band III, Warszawa 1917, S. 3-4.

¹² Ibidem, S. 4. Siehe Sz. Rundstein, *Szkody wojenne. Teoria nadzwyczajnych indemnizacji w prawie publicznem*, Warszawa 1916, S. 14 ff.

¹³ Ausführlicher: *Sprawy polskie na konferencji pokojowej w Paryżu w 1919 r. Dokumenty i Materiały*, Band III, Warszawa 1968, S. 137 ff.

¹⁴ Siehe Gesetz vom 31. Juli 1919 über die Ratifizierung des Friedensvertrags (GBI. Nr. 35, Pos. 199); Friedensvertrag zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten, unterzeichnet in

Entschädigungen¹⁵. Laut Art. 231 des Vertrags galt folgendes: „Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, dass Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben.“

Auf diese Weise entstand ein System zur Beseitigung der Folgen des Ersten Weltkriegs¹⁶. In dem Vertrag wurde anerkannt, dass die Ressourcen des besiegten Deutschlands nicht ausreichten, um die vollständige Entschädigung für alle Verluste und Schäden im Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg sicherzustellen. Außerdem wurde eine Entschädigungskommission einberufen, zu deren Aufgaben u.a. die Ermittlung der Schadenshöhe und der Auszahlungssummen gehörten, sowie Gemeinsame Schlichtungstribunale¹⁷, darunter auch ein deutsch-polnisches¹⁸. Dieses Tribunal entschied in erster und letzter Instanz u.a. über Ansprüche polnischer Staatsbürger gegen den deutschen Staat im Zusammenhang mit Entschädigungszahlungen in bestimmten Fällen sowie über die Vermögensauflösung zulasten von Staatsbürger des letztgenannten Staats¹⁹.

Zu jener Zeit schuf die Frage der Kriegsentschädigungen zugunsten des polnischen Staats durch Deutschland eine Reihe von Problemen, die hauptsächlich damit verbunden waren, dass die Zweite Polnische Republik auf dem Hoheitsgebiet der drei Teilungsmächte entstanden und demzufolge nicht als Staat (d.h. als Kriegspartei) am Ersten Weltkrieg beteiligt gewesen war.²⁰ Das Problem der deutschen Kriegsentschädigungszahlungen hing mit der damaligen politischen-wirtschaftlichen Lage in Deutschland zusammen, die eine schrittweise Verringerung

Versailles am 28. Juni 1919 (GBI. Nr. 35, Pos. 200); *Prawo międzynarodowe i historia dyplomatyczna. Wybór dokumentów*, Einführung und bearb. von L. Gelberg, Band II, Warszawa 1958, S. 29-62.

¹⁵ Betrifft: Abschnitt I Allgemeine Vorschriften (Art. 231-244) inklusive sieben Anhängen zu Entschädigungsfragen und Abschnitt II Detaillierte Bestimmungen (Art. 245-247).

¹⁶ Ausführlicher: A. Raczyński, *Traktaty pokojowe wobec praw majątkowych. Odszkodowania. Likwidacja i rozrachunki*, Kraków - Warszawa 1920.

¹⁷ Art. 304-305 (mit Anhang) des Versailler Vertrags.

¹⁸ Ausführlicher: K. Kierski, *Likwidacja majątków niemieckich według traktatu pokoju*, Poznań 1921; K. Kierski, *Mieszany Trybunał Rozjemczy wobec likwidacji majątków niemieckich*, Poznań 1924; J. Namitkiewicz, *Mieszany Trybunał Rozjemczy polsko-niemiecki, ustanowiony na zasadzie art. 304 Traktatu Wersalskiego*, Warszawa 1922.

¹⁹ Ausführlicher: J. Namitkiewicz, *Działalność Mieszanego Trybunału Rozjemczego polsko-niemieckiego w Paryżu, za lata 1921-1926 włącznie*, Warszawa 1927; R. Jastrzębski, *Wpływ siły nabywczej pieniądza na wykonanie zobowiązań prywatno-prawnych w II Rzeczypospolitej*, Warszawa 2009, S. 164-165.

²⁰ Ausführlicher: J. Krasuski, *Stosunki polsko-niemieckie 1919-1932*, Poznań 1975, S. 92 ff.

der Last der Kriegsentschädigungen für dieses Land bedeutete. Die Rede ist von der Erfüllung des sog. Dawes-Plans (1924) und später des sog. Young-Plans (1928)²¹. Im Zuge dessen wurde am 31. Oktober 1929 ein Vertrag zwischen dem damaligen polnischen Staat und Deutschland unterzeichnet – das sog. deutsch-polnische Liquidationsabkommen²². Dieses Abkommen war einer von neun Verträgen²³, die das damalige Deutschland im Rahmen des sog. Young-Plans abschloss. Laut dem Vertragstext verzichteten die Regierungen beider Staaten auf sämtliche finanzielle und vermögensbezogene Ansprüche im Zusammenhang mit dem Krieg und dem Versailler Vertrag, die natürlichen und rechtlichen Personen in diesen Staaten sowie deren Regierungen zustanden, und zwar unabhängig von Rechtsgrundlage und Sachlage. Die Ratifizierung dieses Abkommens führte sowohl im polnischen Sejm als auch im deutschen Reichstag zu Protesten der parlamentarischen Opposition²⁴.

Im Zusammenhang mit dem Anspruchsverzicht des polnischen Staats gegenüber Deutschland wurden die Geldforderungen der polnischen Republik auf 523 Goldfranken geschätzt. Diese umfassten u.a. Ansprüche für Schäden unter der deutschen Besatzung – dabei ging es überwiegend um Beschlagnahmungen und Verwüstungen, Militärrenten und -pensionen und Aktionen deutscher Kampftruppen²⁵. Hierbei ist wichtig, dass die Dimension der polnischen Entschädigungsforderungen im Vergleich zu den Zerstörungen und Verlusten während des Zweiten Weltkriegs (hierüber ist weiter unten die Rede) nicht hoch waren. Erwähnenswert ist auch, dass der damalige polnische Staat im Zuge des Endes des Ersten Weltkriegs und der Festlegung der Ostgrenzen auch Friedensverträge mit anderen Staaten abgeschlossen hatte²⁶, wobei die im Rahmen des Versailler Vertrags vereinbarten

²¹ Ibidem, S. 302 ff.

²² Siehe deutsch-polnisches Abkommen, unterzeichnet in Warschau am 31. Oktober 1919 (GBl. von 1931 Nr. 90, Pos. 704); Regierungserklärung vom 15. Juli 1931 über den Austausch von Ratifizierungsunterlagen für das deutsch-polnische Abkommen, unterzeichnet in Warschau am 31. Oktober 1929 einschließlich Abschlussprotokoll zu Art. II des Abkommens (GBl. Nr. 90, Pos. 705).

²³ Solche Verträge wurden geschlossen mit: Belgien (1929, 1930), Großbritannien (1929), Frankreich (1929), Kanada (1930), Australien (1930), Neuseeland (1930), Italien (1930); siehe J. Krasuski, *Stosunki polsko-niemieckie 1919-1932*, Poznań 1975, S. 327 ff.

²⁴ Ausführlicher: ibidem, S. 332 ff.

²⁵ Siehe K. Kierski, *Polsko-niemiecki układ likwidacyjny*, „Ruch Prawniczy, Ekonomiczny i Socjologiczny” 1930, Heft 1, s. 95.

²⁶ Hierbei geht es vor allem um die Verträge von St. Germain, Trianon und Riga. Regierungserklärung vom 5. November 1924 über die Einreichung der Ratifizierungsunterlagen durch Polen für den Friedensvertrag zwischen den alliierten und assoziierten Mächten einerseits und Österreich andererseits, unterzeichnet in St. Germain-en-Laye am 10. September 1919 (GBl. Nr. 17, Pos. 115); Friedensvertrag zwischen den alliierten und assoziierten Mächten und Österreich, unterzeichnet in Saint Germain-en-Laye am 10. September 1919 (Anhang zu Nr. 17 GBl. RP von 1925); Gesetz vom 15. April 1921 über die Ratifizierung des Friedensvertrag zwischen Polen und Russland und der Ukraine,

Lösungen im Bereich Kriegsentschädigungen als Vorbild für die Verträge nach Ende des Zweiten Weltkriegs dienten. Zum Abschluss der Überlegungen zum Zeitraum vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs ist festzustellen, dass sowohl die Republik Polen als auch Deutschland zu den Signatarstaaten des sog. Kellog-Pakt (auch Briand-Kellog-Pakt, Pariser Pakt) vom 27. August 1928 zur Ächtung des Kriegs²⁷ zählten und am 26. Januar 1934 in Berlin außerdem ein Nichtangriffspakt unterzeichneten²⁸, demzufolge die Beziehungen zwischen den beiden Staaten auf dem Pariser Pakt basieren sollten (Kellog-Pakt). Diese Erklärung sollte 10 Jahre gültig bleiben und konnte sechs Monate vor Ablauf dieses Zeitraums aufgekündigt werden²⁹.

V. Verluste des polnischen Staats während des Zweiten Weltkriegs

Der Angriff des III. Reiches auf die II. Polnische Republik am 1. September 1939 war, wie Ludwik Ehrlich schrieb, „bis zum Rückzug der deutschen Streitkräfte aus Polen im Jahr 1945 eine einzige Reihe an unendlich vielen rechtswidrigen Handlungen“, die, „da sie durch das Deutsche Reich, bzw. dessen Organe verursacht wurden, das Deutsche Reich haftbar machen und zur Zahlung von Entschädigungen verpflichten, wobei das Maß für die Entschädigungshöhe nicht nur der dem polnischen Staat entstandene Schaden, sondern auch die Summe der polnischen Staatsbürgern und juristischen Personen entstandenen Schäden ist, zu deren Schutz der polnische Staat aus rechtlicher Sicht berufen ist“³⁰. Bevor jedoch eine kurze Analyse der Begriffe Reparationen, Kriegsschäden und Entschädigungen folgt, ist auf den Umfang, den Charakter und die Höhe der dem polnischen Staat während des Zweiten Weltkriegs entstandenen Schäden hinzuweisen, die überwiegend nicht infolge von Kriegshandlungen entstanden, sondern vielmehr auf die deutsche Besatzung

unterzeichnet in Riga am 18. März 1921 (GBl. Nr. 49, Pos. 299); Friedensvertrag zwischen Polen und Russland und der Ukraine, unterzeichnet in Riga am 18. März 1921 (GBl. Nr. 49, Pos. 300). Siehe K. W. Kumaniecki, *Odbudowa państwowości polskiej. Najważniejsze dokumenty 1912-styczeń 1924*, Warszawa – Kraków 1924, S. 245 ff.; *Prawo międzynarodowe i historia dyplomatyczna. Wybór dokumentów*, Einführung und bearb. von L. Gelberg, Band II, Warszawa 1958, S. 133 ff.; J. Kumaniecki, *Tajny raport Wojkowa*, Warszawa 1991, S. 32 ff.; *Stosunki Rzeczypospolitej Polskiej z państwem radzieckim 1918-1943*, Auswahl der Dokumente, Bearbeitung und Auswahl J. Kumaniecki, Warszawa 1991, S. 91 ff.

²⁷ Siehe H. Dembiński, *Wojna jako narzędzie prawa i przewrotu*, Lublin 1936, S. 100 ff.; *Prawo międzynarodowe i historia dyplomatyczna. Wybór dokumentów*, Einführung und bearb. von L. Gelberg, Band II, Warszawa 1958, S. 303-305; W. Czaplinski, *Odpowiedzialność za naruszenia prawa międzynarodowego w związku z konfliktem zbrojnym*, Warszawa 2009, S. 14 ff.

²⁸ GBl. Nr. 16, Pos. 124. *Prawo międzynarodowe i historia dyplomatyczna. Wybór dokumentów*, Einführung und bearb. von L. Gelberg, Band II, Warszawa 1958, S. 359-360.

²⁹ Siehe L. Ehrlich, *Prawo międzynarodowe*, Warszawa 1958, S. 458-459.

zurückzuführen waren. Die neue Volksregierung stellte bereits im Manifest vom 22. Juli 1944 fest, dass „das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung systematisch die dem polnischen Volk durch die Deutschen zugefügten Schäden ermitteln und Schritte einleiten wird, um Polen die zustehende Entschädigung zu sichern“³¹.

In diesem Zusammenhang wurde ein spezielles Büro für Rückforderungen und Kriegsentschädigungen beim Präsidium des Ministerrats eingerichtet³². Dieses Büro ermittelte die Höhe der Kriegsverluste und Schäden zulasten des polnischen Staats und veröffentlichte im Januar 1947 eine entsprechende Erörterung. In der Zeit vor der Veröffentlichung dieser Schrift fand eine breitangelegte Aktion zur Registrierung der Kriegsverluste und -schäden statt, für die u.a. besondere, durch die damaligen Ministerien neu eingerichtete Behörden, die Woiwodschaftsämter, die Landratsämter, die mit diesen kooperierenden Kommunalbehörden, Berufsvereinigungen etc. verantwortlich waren. Die Kriegsverluste wurden mit Stand zum 9. Mai 1945 errechnet, die Schätzungen selbst erfolgten im Zeitraum vom 21. September 1944 bis zum 1. Januar 1947. Die Kriegsschäden betrafen das Gebiet des polnischen Staats in den nach dem Zweiten Weltkrieg gültigen Grenzen unter Ausschluss der sog. polnischen Westgebiete. In Bezug auf die Bevölkerungsverluste wurden alle Menschen polnischer und jüdischer Nationalität berücksichtigt, auch jene, die außerhalb der sog. Curzon-Linie lebten, d.h. in dem damals bereits zur Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken gehörenden Gebiet (im Weiteren UdSSR)³³. Die Höhe der Kriegsverluste und -schäden wurde auf Grundlage des Werts des polnischen Zloty vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs ermittelt, d.h. des Goldgehalts im Zloty, der im Zuge der sog. zweiten Stabilisierung des Zloty im Jahr 1927 festgelegt worden war.³⁴ Infolgedessen wurde ermittelt, dass aus 1 kg Gold 5924,44 PLN gestanzt wurden. Aktuelle Schätzungen der Kriegsverluste und -schäden des polnischen Staats im Zusammenhang mit den Kriegshandlungen und der deutschen Besatzung sollten

³⁰ Ibidem, S. 458.

³¹ Anhang zu GBl. von 1944 Nr. 1, S. 2.

³² Ausführlicher: Ausführlicher: K. Ruchniewicz, *Polskie zabiegi o odszkodowania niemieckie w latach 1944/45-1975*, Wrocław 2007, S. 26 ff.

³³ *Sprawozdanie w przedmiocie strat i szkód wojennych Polski w latach 1939-1945*, Warszawa 1947, S. 3-4.

³⁴ Siehe Verordnung des Präsidenten der Republik Polen vom 5. November 1927 über die Änderung des Finanzsystems (GBl. Nr. 97, Pos. 855). Siehe Z. Landau, J. Tomaszewski, *Od Grabskiego do Piłsudskiego. Okres kryzysu poinflacyjnego i ożywienia koniunktury 1924-1929, Gospodarka Polski Międzywojennej*, Band II, Warszawa 1971, S. 206.

diese Schätzungen auf Basis des Goldindex in der polnischen Währungseinheit vor dem Zweiten Weltkrieg sowie des amerikanischen Dollars berücksichtigen.

Die Gesamtverluste und materiellen Schäden des polnischen Staats zum 9. Mai 1945 wurden auf über 258 Milliarden Zloty aus der Vorkriegszeit geschätzt. Umgerechnet in Dollar lag diese Summe bei ca. 48,8 Mrd. US-Dollar nach Maßgabe des Kurses vom August 1939 (1 Dollar entspricht 5,3 Zloty)³⁵. Die Verluste bei den Sachanlagen wurden auf 62 Mrd. Vorkriegs-Zloty geschätzt, was der 3,5-fachen Höhe der Schäden des polnischen Staats während des Ersten Weltkriegs entsprach (17,8 Mrd. Vorkriegs-Zloty)³⁶. Dies wird in der folgenden Tabelle veranschaulicht.

Tabelle 1. Materielle Verluste. Allgemeine Aufstellung (in Millionen Zloty)³⁷

Insgesamt	258.432
Direkte Schäden	
Zerstörung von Sachkapital	62.024
Beschlagnahmte Produktion und Dienstleistungen während der Besatzungszeit	26.776
Indirekte Schäden	
Kosten für die Beseitigung bestimmter Arten von Schäden, falls in den Sachverlusten nicht berücksichtigt	845
Verlorene Produktion während des Kriegs infolge von zerstörtem Kapital	52.502
Verlorener Produktionsüberschuss wegen der Tötung und dauerhaften gesundheitlichen Schädigung von Personen	74.650
Verlorene Produktion durch die verringerte Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmer und geringere Kapitalrentabilität in der Nachkriegszeit	41.635

Die biologischen Verluste der polnischen Bevölkerung beliefen sich auf insgesamt über 6 Millionen. Dies wird durch die folgende Aufstellung veranschaulicht.

³⁵ Siehe A. Eberhardt, M. Gniazdowski, T. Jaskułowski, M. Krzysztofowicz, *Szkody wyrządzone Polsce podczas II wojny światowej przez agresora niemieckiego. Historia dociekań i szacunków*, (in:) *Problem reparacji, odszkodowań i świadczeń w stosunkach polsko-niemieckich 1944-2004*, Band I, Studia, hrsg. von W. M. Góralski, Warszawa 2004, S. 22. Im Jahr 2004 wurden die Kriegsschäden auf 650-700 Mrd. Dollar geschätzt; siehe P. Daranowski, *Reparacje wojenne/polskie reparacje wojenne po II wojnie światowej – wizje i rzeczywistość*, (in:) *Ubi ius, ibi remedium. Księga dedykowana pamięci profesora Jana Kolasy*, Warszawa 2016, S. 110.

³⁶ Cz. Pilichowski, *Odszkodowania RFN dla Polaków*, „Sprawy Międzynarodowe” 1974, Heft 11, S. 107.

³⁷ Auf Grundlage von: *Sprawozdanie w przedmiocie strat i szkód wojennych Polski w latach 1939-1945*, Warszawa 1947, S. 30.

Tabelle 2. Biologische Verluste der polnischen Gesellschaft. Gesamtaufstellung (in Tausend)³⁸

Detaildaten	Zahl der Personen in Tsd.	Prozent
Tod - insgesamt	6.028	100,0
Im Zuge direkter Kriegshandlungen	644	10,7
Im Zuge des Besatzungsterrors	5.384	89,3
Invalidität		
Von Invalidität betroffene Soldaten und Zivilpersonen - insgesamt	590	100,0
Körperliche Schäden	530	89,8
Psychische Schäden	60	10,2
Zusätzliche Tuberkuloseerkrankungen (über die theoretische Erkrankungszahl hinaus)	1.140	100,0

Erwähnenswert ist hier, dass die Verluste infolge der deutschen Besatzung um ein Vielfaches höher waren als diejenigen, die aus direkten Kriegshandlungen resultierten. Erstere hingen nämlich mit der speziellen Wirtschafts- und Vernichtungspolitik des III. Reiches gegen die Bevölkerung der besetzten Gebiete zusammen, insbesondere im Generalgouvernement³⁹. In wirtschaftlicher Hinsicht ging es um die materielle Zerstörung und intensive Ausbeutung der polnischen Gesellschaft, u.a. durch Zwangsarbeit. Hinsichtlich des zweiten Aspekts litten über eine Million polnische Staatsbürger an Tuberkulose, eine halbe Million waren Invaliden und 22% kam ums Leben⁴⁰. Demzufolge muss erneut betont werden, dass die Verluste und Schäden, die der polnische Staat erlitt, vor allem auf die Besatzungspolitik des III. Reiches zurückzuführen sind⁴¹ und nicht direkt mit den Kriegshandlungen zu tun hatten – insbesondere im Vergleich zu früheren bewaffneten Konflikten auf den polnischen Gebieten.

³⁸ Ibidem, S. 24. Siehe A. Klafkowski, *Podstawowe problemy prawne likwidacji skutków wojny 1939-1945 a dwa państwa niemieckie*, Poznań 1966, S. 381 ff.

³⁹ Siehe K. Ostrowski, *Hitlerowska polityka podatkowa w Generalnym Gubernatorstwie*, Warszawa – Kraków 1977; K. Skubiszewski, *Odpowiedzialność międzynarodowa za pieniądz okupacyjny*, „Ruch Prawniczy, Ekonomiczny i Socjologiczny” 1960, Heft 2; Cz. Madejczyk, *Polityka III Rzeszy w okupowanej Polsce*, Bd. I, Warszawa 1970, S. 515 ff.

⁴⁰ *Sprawozdanie w przedmiocie strat i szkód wojennych Polski w latach 1939-1945*, Warszawa 1947, S. 22. Siehe Cz. Madejczyk, *Polityka III Rzeszy w okupowanej Polsce*, Bd. II, Warszawa 1970, S. 367 ff.

⁴¹ Siehe A. Klafkowski, *Okupacja niemiecka w Polsce w świetle prawa narodów*, Poznań 1946. Wesentlich ist, dass die Verluste infolge direkter Kriegshandlungen in der Armee bei 2% und in der Zivilbevölkerung bei 8,7% lagen (A. Klafkowski, *Umowa poczdamska a sprawy polskie 1945-1970*, Poznań 1970, S. 243).

VI. Umfang des Begriffs Reparationen und Kriegsschädigungen im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg

Das Problem der Definition der Begriffe Reparationen und Kriegsschädigungen, und damit der Haftung eines Staates für Schäden im Zusammenhang mit Kriegshandlungen stellt kein *Novum* in der Rechtslehre dar⁴². Wesentliche Bedeutung für die Rechtswissenschaften hatte Art. 3 des 4. Haager Übereinkommens von 1907 und des Versailler Vertrags. In erster Linie wurde darauf hingewiesen, dass unter Kriegsschädigungen die Rückerstattung der mit der Kriegsführung verbundenen Kosten durch die besiegte Seite zu verstehen ist, die in der Friedensvereinbarung festgelegt wurden, welche den Krieg beendete⁴³. Sz. Rundstein teilte Kriegsschädigungen aufgrund unterschiedlicher Rechtsgrundlagen dichotomisch in folgende Gruppen auf:

- 1) aus internationalem Recht resultierend, z.B. Art. 3 des 4. Haager Abkommens, bzw. aus dem Versailler Vertrag resultierend;
- 2) Entschädigungen für Kriegsverluste, die durch die internen Gesetze des Staates geregelt wurden; Schadensersatznormen in diesem Bereich konnten Schäden des Militär sowie der feindlichen Regierung betreffen, u.a. auch Organe des eigenen Staats⁴⁴.

Einen Versuch zur Definition der beiden eingangs genannten Begriffe unternahm Kazimierz Kocot im Jahr 1974 in seiner Arbeit. Kocot ging *explicite* davon aus, dass der Versailler Vertrag den Ausgangspunkt für die Differenzierung der Begriffe bezüglich der Beendigung der Kriegshandlungen darstellte, wozu später auch

⁴² Ausführlicher: W. Morawiecki, *Środki zwalczania wojny. Prawa i zwyczaje wojenne. Zakończenie i likwidacja skutków wojny*, Warszawa 1957, S. 170; K. Kocot, *Problem pojęć: reparacje wojenne, restytucja, odszkodowania itp. w aspekcie umowy poczdamskiej, traktatów pokojowych, umów zawartych przez NRF, wyroków sądowych i doktryny prawa międzynarodowego*, Warszawa 1974, S. 1 ff.; *Problemy reparacji wojennych, restytucji mienia oraz odszkodowań w świetle „Wörterbuch des Völkerrechts“* Zweite Auflage. Berlin 1960-1962. B. I-III Verlag Walter de Gruyter u. Co., bearbeitet von Wł. Hanczakowski i Cz. Pilichowski, Warszawa 1974; S. Cholewiak, *Reparacje i odszkodowania wojenne (1939-1954). Wybór dokumentów ze wstępem*, Warszawa 1972, S. 1 ff.; R. Bierzanek, *Odpowiedzialność państwa w konfliktach zbrojnych*, (in:) *Odpowiedzialność państwa w prawie międzynarodowym*, hrsg. R. Sonnenfeld, Warszawa 1980, S. 295 ff.

⁴³ Siehe Sz. Rundstein, *Odszkodowania wojenne*, (in:) *Encyklopedia Podręczna Prawa Publicznego (konstytucyjnego, administracyjnego i międzynarodowego)*, Band I, hrsg. von Z. Cybichowski, Warszawa 1930, S. 540.

⁴⁴ *Ibidem*, S. 541-543. Vgl. S. Dąbrowa, *Odszkodowania wojenne*, (in:) *Encyklopedia prawa międzynarodowego i stosunków międzynarodowych*, hrsg. von A. Klafkowski, J. Symonides, Warszawa 1976, S. 230.

das Potsdamer Abkommen beitrug⁴⁵. Von wesentlicher Bedeutung war dabei der Wortlaut von Art. 231 und 232 des Versailler Vertrags bezüglich der „*Reparation*“ – dieser Begriff wurde in der polnischen amtlichen Übersetzung der Überschrift des Vertrags als „Entschädigungen“ übersetzt.

Die einzelnen Artikel haben folgenden Wortlaut:

Art. 231: „Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, dass Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben“;

Art. 232: „Die alliierten und assoziierten Regierungen erkennen an, dass die Hilfsmittel Deutschlands unter Berücksichtigung ihrer dauernden, sich aus den übrigen Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrags ergebenden Verminderung nicht ausreichen, um die volle Wiedergutmachung aller dieser Verluste und Schäden sicherzustellen. Immerhin verlangen die alliierten und assoziierten Regierungen und Deutschland verpflichtet sich dazu, dass alle Schäden wieder gutgemacht werden, die der Zivilbevölkerung jeder der alliierten und assoziierten Mächte und ihrem Gut während der Zeit, in der sich die beteiligte Macht mit Deutschland im Kriegszustand befand, durch diesen Angriff zu Lande, zur See und in der Luft zugefügt worden sind, sowie überhaupt alle Schäden, die in der Anlage I näher bezeichnet sind.

In Erfüllung der von Deutschland bereits früher bezüglich der völligen Wiederherstellung und Wiederaufrichtung Belgiens gegebenen Zusage verpflichtet sich Deutschland noch über den an anderer Stelle in diesem Kapitel vorgesehenen Schadensersatz hinaus, und als Folge der Verletzung des Vertrags von 1839, alle Summen zu erstatten, die Belgien von den alliierten und assoziierten Regierungen bis zum 11. November 1918 entliehen hat, nebst 5 v. H. Zinsen aufs Jahr für diese Summen. Der Betrag dieser Summen wird durch den Wiedergutmachungsausschuss festgestellt, und die deutsche Regierung verpflichtet sich, sofort eine entsprechende Ausgabe von besonderen Schatzscheinen auf den Inhaber, zahlbar in Mark Gold am 1. Mai 1926 oder nach Wahl der deutschen Regierung am 1. Mai eines der 1926

⁴⁵ K. Kocot, *Problem pojęć: reparacje wojenne, restytucja, odszkodowania itp. w aspekcie umowy poczdamskiej, traktatów pokojowych, umów zawartych przez NRF, wyroków sądowych i doktryny prawa międzynarodowego*, Warszawa 1974, S. 1.

vorausgehenden Jahre, zu veranstalten. Unter Berücksichtigung obiger Bestimmungen wird die Form dieser Schatzscheine durch den Wiedergutmachungsausschuss festgesetzt. Die Schatzscheine werden dem Wiedergutmachungsausschuss ausgefolgt, der zur Entgegennahme und Empfangsbestätigung im Rahmen Belgiens ermächtigt ist.“⁴⁶.

Die in den in extenso zitierten Vorschriften festgelegten Grundprinzipien wurden auch in den Friedensverträge nach Ende des Ersten Weltkriegs angewandt, d.h. in St. Germain und Trianon, wurden jedoch im Vertrag mit der Türkei und Bulgarien abgeschwächt⁴⁷. Auf diese Weise wurde die Höhe der Entschädigungszahlungen im Text des Versailler Vertrags nicht beziffert, was in der Praxis bedeutet, dass der Wiedergutmachungsausschuss (*Reparation Commission*) diese Frage zu klären hatte, und dabei auch u.a. Methoden, Form, und Fristen dieser Zahlungen festlegte⁴⁸. Darüber hinaus war die Festlegung des Reparationsbegriffs nach dem Ersten Weltkrieg Gegenstand der Kognition des Ständigen Internationalen Gerichtshofs gewesen. Im Zuge der Analyse der Rechtsprechung des Gerichtshofs kam L. Ehrlich zu dem Ergebnis, dass „die Entschädigung für materielle Schäden, die einem Staat direkt oder dessen Bürgern entstanden sind, im Rahmen des Möglichen den Zustand vor der Rechtsverletzung wiederherstellen sollte, bzw. den Zustand, der existiert hätte, wäre die Rechtsverletzung nicht eingetreten“⁴⁹.

Während des Zweiten Weltkriegs erließen die alliierten Staaten eine Reihe an Rechtsakten bezüglich der Verantwortung des III. Reiches und dessen Verbündeter. Diese betreffen insbesondere die strafrechtliche Verantwortung, jedoch auch wirtschaftliche Angelegenheiten in den besetzten Gebieten⁵⁰. Gegen Ende des Kriegs

⁴⁶ Ibidem, S. 34; GBl. von 1920 Nr. 35, Pos. 200.

⁴⁷ K. Kocot, *Problem pojęć: reparacje wojenne, restytucja, odszkodowania itp. w aspekcie umowy poczdamskiej, traktatów pokojowych, umów zawartych przez NRF, wyroków sądowych i doktryny prawa międzynarodowego*, Warszawa 1974, S. 34. Siehe W. Czapliński, *Skutki prawne nielegalnego użycia siły w stosunkach międzynarodowych*, Warszawa 1993, S. 126 ff.; W. Czapliński, *Odpowiedzialność za naruszenia prawa międzynarodowego w związku z konfliktem zbrojnym*, Warszawa 2009, S. 172-176.

⁴⁸ K. Kocot, *Problem pojęć: reparacje wojenne, restytucja, odszkodowania itp. w aspekcie umowy poczdamskiej, traktatów pokojowych, umów zawartych przez NRF, wyroków sądowych i doktryny prawa międzynarodowego*, Warszawa 1974, S. 40-41.

⁴⁹ Ibidem, S. 42-45.

⁵⁰ Erklärung der von Deutschland besetzten alliierten Länder über die Bestrafung der Nationalsozialisten und ihrer Komplizen für die begangenen Verbrechen, London, 13. Januar 1942; Erklärung der Vereinten Nationen gegen die wirtschaftliche Ausbeutung von feindlich besetzten Gebieten, Moskau-London-Washington, 5. Januar 1943, (in): *Prawo międzynarodowe i historia dyplomatyczna. Wybór dokumentów*, Einführung und bearb. von L. Gelberg, Band III, Warszawa 1960, S. 45-46, 53-54; *Problem reparacji wojennych po drugiej wojnie światowej. Wybór dokumentów*, bearbeitet von B. Franczyk, Warszawa 1972, S. 1-4. Siehe J. Ciechanowicz, *Odszkodowania wojenne*, „Przegląd Stosunków Międzynarodowych” 1988, Nr. 1, S. 32 ff.

wurde während der Konferenz von Jalta (Krim-Konferenz) am 11. Februar 1945 in Abschnitt III. Deutsche Entschädigungszahlungen beschlossen, dass die Konferenzteilnehmer es für angemessen hielten, „Deutschland zur Wiedergutmachung dieser Schäden in Natura in größtmöglichem Umfang zu verpflichten“. Zu diesem Zweck sollte eine Kommission zur Schadenswiedergutmachung mit Sitz in Moskau eingerichtet werden, die die Ausmaße und Vorgehensweise für die „Wiedergutmachung der den verbündeten Staaten durch Deutschland entstandenen Schäden“ festlegen sollte⁵¹. Laut dem Protokoll zur Entschädigungsfrage wurde vereinbart, dass die Moskauer Wiedergutmachungskommission von einer Gesamt-Entschädigungssumme von 20 Mrd. US-Dollar auszugehen hatte, wovon 50% dieser Summe der UdSSR zufiel⁵². Anschließend wurde während der Potsdamer Konferenz⁵³ unter Berufung auf die Ergebnisse der Krim-Konferenz in Abschnitt IV. Reparationen aus Deutschland vereinbart, dass „Deutschland zur Wiedergutmachung im größtmöglichen Ausmaß für die Verluste und die Leiden gezwungen wird, die es den Vereinten Nationen verursacht hat, und wofür das deutsche Volk der Verantwortung nicht entgehen kann“⁵⁴. Wichtig ist hierbei, dass die UdSSR sich zur Befriedigung der polnischen Entschädigungsansprüche aus der eigenen Entschädigungssumme verpflichtete und die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens diesbezüglich den Charakter eines Vertrags in *favorem tertii* hatten⁵⁵. Die Verpflichtung der UdSSR zur Befriedigung der polnischen Ansprüche bestimmte weder den Umfang der Befriedigung, noch die entsprechenden Zahlungsfristen. Erwähnenswert ist, dass das Protokoll der Konferenz außer der Verpflichtung der UdSSR zur Befriedigung der

⁵¹ *Prawo międzynarodowe i historia dyplomatyczna. Wybór dokumentów*, Einführung und bearb. von L. Gelberg, Band III, Warszawa 1960, S. 114. Ebenso: S. Cholewiak, *Reparacje i odszkodowania wojenne (1939 – 1954). Wybór dokumentów ze wstępem*, Warszawa 1972, S. 31 ff.

⁵² Siehe Protokoll über die Prognosen dreier Regierungschefs während der Krim-Konferenz über Entschädigungen in natura durch Deutschland, 11. Februar 1945, (in): *Problem reparacji, odszkodowań i świadczeń w stosunkach polsko-niemieckich 1944-2004*, Band II, Dokumenty, hrsg. von S. Dębski, W. M. Góralski, Warszawa 2004, S. 24-25.

⁵³ Ausführlicher: A. Klafkowski, *Problem ratyfikacji umów międzynarodowych na tle umowy poczdamskiej z 2.VIII.1945*, „Myśl i Życie” 1957, Nr. 1; A. Klafkowski, *Podstawowe problemy umowy poczdamskiej z dnia 2.VIII.1945*, Warszawa-Poznań 1965; A. Klafkowski, *Podstawowe problemy prawne likwidacji skutków wojny 1939-1945 a dwa państwa niemieckie*, Poznań 1966; A. Klafkowski, *Umowa poczdamska z dnia 2 VIII 1945 r. Podstawy prawne likwidacji skutków wojny polsko-niemieckiej z lat 1939-1945*, Warszawa 1985; M. Dobrosielski, *Konferencja poczdamska – fakty i interpretacje*, „Nowe Drogi” 1983, Heft 8.

⁵⁴ *Prawo międzynarodowe i historia dyplomatyczna. Wybór dokumentów*, Einführung und bearb. von L. Gelberg, Band III, Warszawa 1960, S. 193. Siehe M. Muszyński, *Przejęcie majątków niemieckich przez Polskę po II wojnie światowej. Studium prawnomiędzynarodowe i porównawcze*, Bielsko – Biała 2003, S. 129 ff.

⁵⁵ Siehe A. Klafkowski, *Umowa poczdamska z dnia 2 VIII 1945 r. Podstawy prawne likwidacji skutków wojny polsko-niemieckiej z lat 1939-1945*, Warszawa 1985, S. 274 ff.

polnischen Ansprüche aus den eigenen Reparationsanteilen keine Bestimmung aufweist, wonach Polen keine weiteren Leistungen direkt von Deutschland zustehen würden.

Im weiteren Verlauf von Abs. IV. Reparationen aus Deutschland wurde festgelegt, dass die Entschädigungsansprüche aus den Besatzungszonen befriedigt werden, wobei die Entschädigungen für die UdSSR durch die Ausfuhr entsprechender Gegenstände aus der sowjetischen Besatzungszone sowie aus deutschem Vermögen im Ausland zu befriedigen waren. Darüber hinaus wurde prozentual vereinbart, dass die Entschädigung der UdSSR in Form der Lieferung von industrieller Ausrüstung aus den westlichen Besatzungszonen zu erfolgen hatte. Die polnischen Entschädigungsforderungen hingegen sollte die UdSSR aus dem eigenen Entschädigungsanteil befriedigen. Daraus ergibt sich, dass die Entschädigungsfrage im Rahmen des Vertragstexts des Potsdamer Abkommens *de facto* durch Reparationen aus den deutschen Besatzungszonen geregelt wurde und grundsätzlich Entschädigungen *in natura* betrafen. Es lohnt sich anzuführen, dass die Bundesrepublik Deutschland (im Weiteren BRD), wovon später noch die Rede sein wird, mit anderen Staaten separate Entschädigungsverträge abgeschlossen hat; dabei geht es überwiegend um die Bonner Konvention und bilaterale Verträge⁵⁶. Da kein solcher Vertrag mit Polen zustande kam, wird im *Bericht über die Kriegsverluste Warschaus* angeführt, dass „aufgrund der unterschiedlichen Situation Polens und Deutschlands die in Potsdam unterzeichneten Vereinbarungen bezüglich der Reparationen und Entschädigungen für Polen in den bilateralen Beziehungen nicht endgültig abgeschlossen sind, da nie entsprechende Verträge zwischen Polen und den damaligen deutschen Staaten zustande kamen“⁵⁷.

Mit den Begriffen Reparationen und Kriegsentschädigungen im Zusammenhang mit dem Potsdamer Abkommen hat sich Alfons Klafkowski näher beschäftigt. Die Ansichten dieses Experten für internationales Recht haben das aktuelle Verständnis dieser Begriffe wesentlich geprägt. In einer Reihe von Veröffentlichungen betonte A. Klafkowski wesentliche terminologische Unterschiede dieser Begriffe, insbesondere in historisch-rechtlicher Hinsicht, und vor allem im Vergleich zu den Rahmengrundsätzen

⁵⁶ K. Kocot, *Problem pojęć: reparacje wojenne, restytucja, odszkodowania itp. w aspekcie umowy poczdamskiej, traktatów pokojowych, umów zawartych przez NRF, wyroków sądowych i doktryny prawa międzynarodowego*, Warszawa 1974, S. 54 ff.

des Potsdamer Abkommens⁵⁸. Laut Klafkowski lassen sich die Unterschiede zwischen diesen Begriffen ausschließlich mit Hilfe der vergleichenden Methode ermitteln. Insbesondere wies er auf die Regelungen des Versailler Vertrags sowie Art. 3 des 4. des Haager Abkommens hin. Besonders wichtig sind die Erkenntnisse Klafkowskis, derer zufolge:

- 1) Kriegsreparationen hauptsächlich auf Friedensverträgen basieren, was sie von individuellen Kriegsschädigungen unterscheidet, deren Rechtsgrundlage das allgemeine internationale Recht ist;
- 2) Kriegsschädigungen privatrechtliche Ansprüche sind;
- 3) keine Norm im internationalen Recht existiert, die den Begriff Kriegsreparationen definiert; Klafkowski stimmt hier Sz. Rundstein⁵⁹ zu, der der Ansicht ist, dass Kriegsreparationen in erster Linie die Rückerstattung der Kriegsführungskosten nach Maßgabe des jeweiligen Friedensvertrags darstellen, der den bewaffneten Konflikt beendet;
- 4) die Durchsetzung individueller Kriegsschädigungsforderungen direkt mit dem betroffenen Staat in Zusammenhang steht, der ein Subjekt des internationalen Rechts ist;
- 5) das Wesen bewaffneter Konflikte und insbesondere des Zweiten Weltkriegs ursächlich dafür ist, dass historische oder dogmatische Analogien in Bezug auf Kriegsschädigungen nur schwer möglich sind;
- 6) nur wenige Normen des internationalen Rechts zum Thema Kriegsschädigungen existieren und damit die dogmatische Analyse dieser Problemstellung nur beschränkt möglich ist;
- 7) in Übereinstimmung mit Władysław Mazurkiewicz⁶⁰ die Frage der individuellen Kriegsschädigungen immer häufiger auf der Überzeugung fußt, dass es sich dabei

⁵⁷ Siehe Raport o stratach wojennych Warszawy. Część II. Problematyka podstaw prawnych roszczeń odszkodowawczych z tytułu strat wojennych, bearb. von M. Czyżowicz-Malinowska, J. Menes, B. Piekut, Warszawa 2005, S. 14.

⁵⁸ Ausführlicher: A. Klafkowski, *Podstawowe problemy prawne likwidacji skutków wojny 1939-1945 a dwa państwa niemieckie*, Poznań 1966, S. 367 ff.; A. Klafkowski, *Polska NRF a umowa poczdamska*, Warszawa 1965, S. 33 ff.; A. Klafkowski, *The Legal Effects of the Second World War and the German Problem*, Warszawa 1968, S. 283 ff.; A. Klafkowski, *Umowa poczdamska a sprawy polskie 1945-1970*, Poznań 1970, S. 231 ff.

⁵⁹ Sz. Rundstein, *Odszkodowania wojenne*, (in:) *Encyklopedia Podręczna Prawa Publicznego (konstytucyjnego, administracyjnego i międzynarodowego)*, Band I, hrsg. von Z. Cybichowski, Warszawa 1930, S. 540.

⁶⁰ Siehe W. Mazurkiewicz, *Zasady indemnizacji strat wojennych w ich rozwoju historycznym*, Warszawa 1917, S. 85-86.

nicht um einen Gnadentat (*ex gratia*) des Aggressors und Besetzers handelt, sondern um eine Pflicht nach internationalem Recht;

8) der Kriegsschadensbegriff kein Designat im internationalen Recht besitzt und alle im Zusammenhang mit Kriegen entstandene Schäden umfasst, wobei er traditionelle Kriegsschäden in zwei Kategorien unterteilt: Schäden zulasten eines Staats und Schäden zulasten der Zivilbevölkerung oder Einzelpersonen⁶¹.

Aus polnischer Sicht machen die Kriegshandlungen der deutschen Besatzer, wie oben bereits erwähnt, nur einen geringen Prozentsatz der Kriegsschäden aus. Dieses Problem thematisierte ein Memorandum der polnischen Regierung, das bei einer Konferenz der stellvertretenden Außenminister in London im Januar 1947 vorgelegt wurde und einen Abschnitt mit dem Titel *Entschädigungen und Restitutionsen*⁶² umfasste, in dem *expressis verbis* festgestellt wurde: „in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen, wonach Deutschland gezwungen werden soll, in größtmöglichem Ausmaß für die Verluste und die Leiden, die es den Vereinten Nationen verursacht hat, Ausgleich zu schaffen, behält sich Polen das Recht vor, weitere konkrete Anträge in diesem Zusammenhang zu stellen“. Darüber hinaus betonte die polnische Regierung ihr Interesse an der Regelung verschiedener Angelegenheiten, u.a. finanzieller Abrechnungen auf Grundlage öffentlich- und privatrechtlicher Vorschriften, Sozial-, Renten- und Pensionsversicherungsabrechnungen, Forderungen und Ansprüche polnischer Staatsbürger für geleistete Zwangsarbeit in Deutschland und im Zusammenhang mit dieser Arbeit⁶³. Deshalb unterschied A. Klafkowski auf Basis des Kriteriums der Rechtsgrundlage zwei Arten von Reparationen:

1) Entschädigungen aufgrund von Verstößen gegen Art. IV des Haager Abkommens unabhängig von der Beendigung des Kriegszustands, d.h. ohne das Erfordernis eines Friedensvertrags;

⁶¹ Siehe A. Klafkowski, *Reparacje wojenne – odszkodowania wojenne*, „Życie i Myśl“ 1990, Heft 7/8, S. 28 – 30.

⁶² Ibidem, S. 31-33.

⁶³ S. Cholewiak, *Reparacje i odszkodowania wojenne (1939 – 1954). Wybór dokumentów ze wstępem*, Warszawa 1972, S. 171; *Problem reparacji, odszkodowań i świadczeń w stosunkach polsko-niemieckich 1944-2004*, Band II, Dokumente, hrsg. von S. Dębski, W. M. Góralski, Warszawa 2004, S. 190-196.

2) Entschädigungen aufgrund von abgeschlossenen Friedensverträgen, die die Beendigung des Kriegszustands zwischen Staaten betreffen und die Rückerstattung der im Zusammenhang mit dem Krieg entstandenen Kosten beinhalten⁶⁴.

In der Praxis bedeutet dies, dass die Definitionen der fraglichen Begriffe vom Wortlaut der Bestimmungen bestimmter Verträge über die Beendigung bewaffneter Konflikte sowie häufig bilateraler Verträge abhängen. Im letzten Fall nach 1945 ist dies mit Verträgen zwischen der BRD und einem Dutzend verschiedener Staaten verbunden. Deshalb ergibt sich, wie Renata Sonnenfeld feststellte, „sowohl die Pflicht des für den Verstoß verantwortlichen Staats zur Leistung bestimmter Kompensationszahlungen als auch Entschädigungsansprüche aus Gewohnheitsrecht, obwohl diese auch Gegenstand detaillierter vertraglicher Regelungen sein können“⁶⁵.

Die vier Großmächte haben die Grundsätze für die Abrechnung der Kriegsreparationen nach dem Zweiten Weltkrieg geregelt. Erwähnenswert ist, dass sie bei der Ermittlung der Reparationen davon ausgingen, dass der deutsche Staat nicht in der Lage sein würde, diese komplett zu entrichten. Dies ging jedoch nicht mit der Negierung der Pflicht zur Zahlung von Entschädigungen einher. Man kam vielmehr zu dem Schluss, dass diese entsprechend der Zahlungsfähigkeit dieses Staats einzuziehen seien, was in gewisser Weise eine Anknüpfung an den Versailler Vertrag bedeutete. Diese Vereinbarung wurde auf Grundlage des Jalta-Abkommens und später des Potsdamer Abkommens getroffen. In dem letztgenannten Vertrag wurde *explicite* erwähnt, dass sich die UdSSR zur Befriedigung der polnischen Reparationsforderungen verpflichtete. Am 16. August 1945 schlossen die Vorläufige Regierung der Nationalen Einheit und die Regierung der UdSSR in Moskau einen Vertrag über die Wiedergutmachung der unter deutscher Besatzung entstandenen Schäden ab. Laut Art. 1 dieses Vertrags verzichtete die UdSSR zugunsten von Polen auf sämtliche Ansprüche auf deutsches Vermögen und andere Aktiva auf dem kompletten Hoheitsgebiet Polens, einschließlich dem Teils Deutschlands, der dem polnischen Staat zugesprochen wurde. In Art. 2 des Vertrags hingegen wurde die Höhe des polnischen Anteils an den Reparationen der UdSSR auf 15% festgelegt.

⁶⁴ A. Klafkowski, *Podstawowe problemy prawne likwidacji skutków wojny 1939-1945 a dwa państwa niemieckie*, Poznań 1966, S. 368 ff.; A. Klafkowski, *Umowa poczdamska a sprawy polskie 1945-1970*, Poznań 1970, S. 239 ff.; J. Ciechanowicz, *Odszkodowania wojenne*, „Przegląd Stosunków Międzynarodowych” 1988, Nr. 1, S. 22 ff.

⁶⁵ R. Sonnenfeld, *Podstawowe zasady odpowiedzialności międzynarodowej państwa*, (in:) *Odpowiedzialność państwa w prawie międzynarodowym*, hrsg. von R. Sonnenfeld, Warszawa 1980, S. 73-74.

Darüber hinaus verpflichtete sich der polnische Staat ab 1946 zu jährlichen Kohlelieferungen in einem Umfang von 8 Mio. Tonnen im ersten Jahr und innerhalb der nächsten vier Jahre je 13 Tonnen sowie in den weiteren Jahren der Besetzung Deutschlands je 12 Tonnen. Wichtig ist, dass dem Vertrag ein geheimes Protokoll angefügt wurde, in dem der Kohlepreis für die UdSSR zu Vorzugsbedingungen festgelegt wurde (1,22 Dollar pro Tonne, 1,44 Dollar pro Tonne Koks)⁶⁶. Die Verbindung der Auszahlung der Reparationsanteile mit der Pflicht zur Lieferung von Kohle zu fest vereinbarten Preisen an die UdSSR bedeutete, dass die Reparationen aus Sicht des polnischen Staats keine unentgeltliche Leistung darstellten.

VII. Erklärung der Regierung der VR Polen vom 23. August 1953

Eine der heute erwogenen Fragen im Zusammenhang mit den Reparationen ist der Charakter der Erklärung der Regierung der Volksrepublik (nachfolgend VR Polen genannt) von 23. August 1953 zu Frage der Entscheidung der Regierung der UdSSR bezüglich Deutschland⁶⁷. Gemäß der Erklärung beschloss die Regierung der VR Polen mit Wirkung ab dem 1. Januar 1954 auf Entschädigungszahlungen für Polen zu verzichten. Diese Erklärung war Folge einer vorangegangenen Entscheidung der UdSSR von 22. August 1953, in der die Regierung der UdSSR nach Absprache mit der Regierung der VR Polen betreffend die polnischen Reparationen beschloss, mit Wirkung ab 1. Januar 1954 die Entrichtung von Reparationen von der Deutschen Demokratischen Republik (nachfolgend DDR genannt) gänzlich einzustellen und zwar sowohl in Form von Warenlieferungen als auch in jeglicher sonstigen Form⁶⁸. Schon eine flüchtige Analyse des Inhalts der beiden Texte in der polnischen Übersetzung weckt ernsthafte Zweifel. Zuerst geht es um den Gebrauch von divergierenden Begriffen: Reparationen (in der Erklärung der Regierung der UdSSR),

⁶⁶ Siehe S. Cholewiak, *Reparacje i odszkodowania wojenne (1939 – 1954). Wybór dokumentów ze wstępem*, Warszawa 1972, S. 166-167; *Problem reparacji, odszkodowań i świadczeń w stosunkach polsko-niemieckich 1944-2004*, Band II, Dokumenty, hrsg. von S. Dębski, W. M. Góralski, Warszawa 2004, S. 41-44; J. Dołęga, Ł. Kulesa, R. Tarnogórski, *Wykonanie przez ZSRR postanowień reparacyjnych umowy poczdamskiej wobec Polski*, (in:) *Problem reparacji, odszkodowań i świadczeń w stosunkach polsko-niemieckich 1944-2004*, Band I, Studia, hrsg. von W. M. Góralski, Warszawa 2004.

⁶⁷ Siehe „Zbiór Dokumentów. Polski Instytut Spraw Międzynarodowych” 1953, Nr. 9, S. 1830 – 1832; *Problem reparacji wojennych po drugiej wojnie światowej. Wybór dokumentów*, Bearbeitung B. Franczyk, Warszawa 1972, S. 198 – 200; *Problem reparacji, odszkodowań i świadczeń w stosunkach polsko – niemieckich 1944 – 2004*, Band II, Dokumenty, Hrsg. S. Dębski, W. M. Góralski, Warszawa 2004, S. 271.

⁶⁸ Siehe „Zbiór Dokumentów. Polski Instytut Spraw Międzynarodowych” 1953, Nr. 9, S. 1805 – 1809; *Problem reparacji wojennych po drugiej wojnie światowej. Wybór dokumentów*, Bearbeitung B. Franczyk, Warszawa 1972, S. 196 – 198.

Entschädigungen (in der Erklärung der Regierung der VR Polen); Einstellung (in der Erklärung der Regierung der UdSSR), Verzicht (in der Erklärung der Regierung der VR Polen); DDR (in der Erklärung der Regierung der UdSSR), Deutschland (in der Erklärung der Regierung der VR Polen, anders als im Protokoll über die Sitzung des Präsidiums der Regierung der VR Polen von 19. August 1953, wo von der DDR die Rede ist).

Zum zweiten ist auch die Form der durch die Regierung der VR Polen abgegebenen Erklärung von Bedeutung, die man nach dem Völkerrecht unterschiedlich einstufen kann und die Art und Weise deren Veröffentlichung. Darüber hinaus unterscheidet sich der Beschluss des Präsidiums der Regierung, der im Protokoll über die Sitzung des Präsidiums der Regierung am 19. August 1953 festgehalten wurde, wesentlich von der abgegebenen Erklärung der Regierung⁶⁹. In dieser Erklärung wurde nämlich festgestellt, dass die Regierung der VR Polen sich dem Standpunkt der Regierung der UdSSR bezüglich der Befreiung der DDR von den Reparationsverpflichtungen seit dem 1. Januar 1954 anschließt. Im Zusammenhang damit verzichtet sie ab diesem Tag gänzlich auf den Teil der Reparationen, der auf die VR Polen entfiel gemäß Vertrag zwischen der VR Polen und der UdSSR. Gleichzeitig nimmt sie die Entscheidung der UdSSR „dankbar“ zur Kenntnis, die die VR Polen von Verpflichtungen aus dem Steinkohleliefervertrag von 1945 und Zusatzprotokollen befreit. Darüber hinaus bekundet sie ihre Bereitschaft festgelegte Steinkohlemengen in die UdSSR zu normalen Bedingungen aufgrund von Handelsverträgen zu exportieren⁷⁰. Man soll darauf verweisen, wovon bereits die Rede war, dass die Frage der Kriegsreparationen für die Zeit des 1. Weltkriegs zwischen der Republik Polen und Deutschland am 31. Oktober 1929 durch das s.g. Liquidationsabkommen (polnisch-deutsches Abkommen) geregelt wurde, das im Amtsblatt der Republik Polen veröffentlicht wurde.

All diese Zweifel, sowie Argumente, wie u.a. die damalige politisch-wirtschaftliche Lage in der DDR bzw. die politische Lage in der UdSSR; der Verzicht der Regierung der UdSSR auf Steinkohlieförderungen aus der VR Polen zu ermäßigten

⁶⁹ Vgl. Protokoll Nr. 27a/53 über die Sitzung des Präsidiums der Regierung am 19. 08.1953; Erklärung der Regierung der VR Polen in Frage der Entscheidung der Regierung der UdSSR betreffend Deutschland, (in:) „Zbiór Dokumentów. Polski Instytut Spraw Międzynarodowych“ 1953, Nr. 9, S. 1830 – 1832. Siehe Raport o stratach wojennych Warszawy. *Część II. Problematyka podstaw prawnych roszczeń odszkodowawczych z tytułu strat wojennych*, bearb. von Bearbeitung M. Czyżowicz – Malinowska, J. Menes, B. Piekut, Warszawa 2005, S. 48 und ff.

Preisen, was mit den deutschen Reparationen verbunden war, der sekundäre Charakter der Erklärung der Regierung VR Polen im Vergleich zur Stellungnahme der UdSSR, der der Grund für die Einstellung der Entrichtung der Kriegsreparationen von der DDR war, bildeten eine Grundlage für Schlussfolgerungen, dass der Verzicht der VR Polen auf Kriegsreparationen in der Erklärung von 23. August 1953 nichtig war. Im Zusammenhang damit hat das polnische Parlament - der Sejm - am 10. September 2004 einen Beschluss gefasst⁷¹, in dem er die Regierung der Republik Polen verpflichtete entsprechende Maßnahmen zu treffen, um von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland Polen zustehende Kriegsreparationen für Verluste und Schäden einzufordern, die der polnische Staat infolge von planmäßigen deutschen Zerstörungen während des 2. Weltkriegs erlitten hatte.

Den Standpunkt, dass die Erklärung der Regierung der VR Polen von 23. August 1953 nichtig ist, vertreten heute vor allem Jan Sandorski und Mariusz Muszyński. Der erste erkannte, dass die Erklärung *ab initio* nichtig war und keine Rechtswirkung entfaltete. Er führte dabei detaillierte Argumente an, die seinen Standpunkt stützen, dabei vor allem die politischen Umstände der Abgabe der Erklärung und erklärte, dass die Erklärung durch einen Mangel der Willenserklärung (Zwang) belastet ist und folglich es keinen Grund gibt, um sie zu kündigen⁷². Als Fazit seiner Erwägungen stellte er fest, dass „die Frage von Kriegsreparationen weiterhin offen ist und die Möglichkeit besteht Ansprüche an die Adresse der deutschen Regierung zu stellen.“ Und „in diesem Sinn sollte die polnische Seite ihren Standpunkt bestimmen, sollte es zu bilateralen Verhandlungen kommen, mit dem Ziel einer unerwünschten Eskalation von Spannungen in den gegenseitigen Beziehungen entgegenzuwirken, da beide Staaten Mitglieder der Europäischen Union sind und einstimmig *ex officio* den Willen erklären, ihre strategische Partnerschaft zu pflegen“⁷³.

⁷⁰ Siehe W. Jarzabek, *Ekspertyza z dnia 10 czerwca 2005 r. w sprawie wpływu oświadczenia rządu PRL z 23.08.1953 r. na realizację umowy węglowej z ZSRR z 1945 r. Bilans korzyści i strat.*

⁷¹ Monitor Polski Nr. 39, Pos. 678; *Problem reparacji, odszkodowań i świadczeń w stosunkach polsko – niemieckich 1944 – 2004*, Band II, Dokumenty, Hrsg. S. Dębski, W. M. Góralski, Warszawa 2004, S. 621. Siehe Sejm-Schrift Nr. 3315, Sejm der RP, 4. Amtszeit.

⁷² Ausführlicher: J. Sandorski, *Nieważność zrzeczenia się przez Polskę reparacji wojennych a niemieckie roszczenia odszkodowawcze*, „Ruch Prawniczy, Ekonomiczny i Socjologiczny” 2004, Heft 3; J. Sandorski, *Zrzeczenie się w 1953 r. przez Polskę reparacji wobec Niemiec w świetle prawa międzynarodowego*, (in:) *Problem reparacji, odszkodowań i świadczeń w stosunkach polsko-niemieckich 1944-2004*, Band I, Studia, hrsg. von W. M. Góralski, Warszawa 2004. Siehe J. Sandorski, *Nieważność umów międzynarodowych*, Poznań 1978.

⁷³ J. Sandorski, *Nieważność zrzeczenia się przez Polskę reparacji wojennych a niemieckie roszczenia odszkodowawcze*, „Ruch Prawniczy, Ekonomiczny i Socjologiczny” 2004, Heft 3, S. 68.

Zu ähnlichen Schlüssen kam auch M. Muszyński, der seine Ansichten in einigen Publikationen zum diesem Thema darlegte⁷⁴. Er verwies u.a. auf einen niedrigen Rang der Erklärung der Regierung der VR Polen, die über die übliche auswärtige Politik hinausging⁷⁵, und analysierte eingehend Merkmale des Akts einer einseitigen Willenserklärung nach dem Völkerrecht (*stricte*), damit diese zu einem Rechtsakt wird, der eine Quelle des Völkerrechts werden kann, d.i. selbständig Rechte und Pflichten begründet. Seiner Ansicht nach ist es zweifelhaft, ob die Erklärung der Regierung der VR Polen all diese Voraussetzungen mitbringt. Deswegen erklärte er dass, „die Erklärung der Regierung von 23. August 1953 als eine mangelhaft abgegebene Erklärung eines Staates zu bewerten ist.“⁷⁶. Dabei berief er sich auf ein Gutachten A. Klafkowskis von Januar 1990, in dem der letztgenannte u.a. hervorhob, dass diese Erklärung der Regierung der VR Polen nur an die DDR gerichtet war und ausschließlich Kriegsreparationen und nicht Kriegsentschädigungen betraf⁷⁷. M. Muszyński verwies auch auf Aktivitäten der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1970 – 1990, die zum Zweck hatten, die Rechtswirksamkeit der Erklärung der Regierung der VR Polen von 23. August 1953 gegenüber diesem Staat und die Bedeutung des Vertrags über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland

⁷⁴ Siehe M. Muszyński, *Prawnomiędzynarodowe podstawy niemieckich zobowiązań reparacyjnych na rzecz zwycięskiej koalicji ze szczególnym uwzględnieniem Polski*, (in:) *Problem reparacji, odszkodowań i świadczeń w stosunkach polsko-niemieckich 1944-2004*, Band I, Studia, hrsg. von W. M. Góralski, Warszawa 2004; M. Muszyński, *Skuteczność oświadczenia rządu PRL z 23.08.1953 r. w sprawie zrzeczenia się reparacji. Rozważania w świetle prawa międzynarodowego*, „Kwartalnik Prawa Publicznego” 2004, Nr. 3; M. Muszyński, *Ekspertyza dotycząca skuteczności stanowiska rządu PRL z 1953 r. w sprawie zrzeczenia się reparacji – z punktu widzenia prawa międzynarodowego. Sporządzona na zlecenie Komisji Spraw Zagranicznych Sejmu RP, z dnia 6 grudnia 2004 r.* Siehe S. Hambura, *Reparacje wojenne w stosunkach polsko – niemieckich. Ekspertyza na zlecenie Biura Ekspertyz Sejmu RP z dnia 2 grudnia 2003 r.*; K. Ruchniewicz, *Polskie zabiegi o odszkodowania niemieckie w latach 1944/45 – 1975*, Wrocław 2007, S. 132 ff.

⁷⁵ Es muss erwähnt werden, dass laut Verfassung der VR Polen der Staatsrat über Befugnisse im Bereich Ratifizierung von internationalen Verträgen verfügte und der internationale Verträge ratifizierte und kündigte (Verfassung der VR Polen von 22. Juli 1952 Art. 25 Abs. 1 Ziff. 7, Amtsblatt Dz. Nr. 33, Pos. 232). Siehe P. Daranowski, *Pozycja traktatów w porządku prawnym PRL*, (in:) *Miejsce traktatów w porządku prawnym PRL*, Acta Universitatis Lodzianensis, Folia Iuridica 41, Łódź 1989.

⁷⁶ M. Muszyński, *Ekspertyza dotycząca skuteczności stanowiska rządu PRL z 1953 r. w sprawie zrzeczenia się reparacji – z punktu widzenia prawa międzynarodowego. Sporządzona na zlecenie Komisji Spraw Zagranicznych Sejmu RP, z dnia 6 grudnia 2004 r.*, S. 12; M. Muszyński, *Skuteczność oświadczenia rządu PRL z 23.08.1953 r. w sprawie zrzeczenia się reparacji. Rozważania w świetle prawa międzynarodowego*, „Kwartalnik Prawa Publicznego” 2004, Nr. 3, S. 72.

⁷⁷ A. Klafkowski, *Ekspertyza podstaw prawnych roszczeń indywidualnych o odszkodowania wojenne*, Warszawa 2000, S. 92 – 95. Ebenso: A. Klafkowski, *Reparacje wojenne – odszkodowania wojenne*, „Życie i Myśl” 1990, Heft 9/10, S. 36 – 38; J. Ciechanowicz, *Odszkodowania wojenne*, „Przegląd Stosunków Międzynarodowych” 1988, Nr. 1, S. 37; A. Janicka, *Problem odszkodowań wojennych dla obywateli polskich w stosunkach polsko – niemieckich*, „Prawo – Administracja – Kościół” 2000, Nr. 4, S. 47 – 50.

von 12. September 1990 (der s.g. 2+4 Vertrag)⁷⁸ zu bestätigen, den man für einen Friedensersatzvertrag hält.

Es ist angebracht an dieser Stelle zu verweisen, dass das Büro für Sejm-Analysen in seinen Gutachten feststellte, dass eine frühere Vereinbarung zwischen der UdSSR und Polen bezüglich Reparationen fehlt und die Zustimmung Polens für den Standpunkt der UdSSR mittelbare Beweise sein können, die für die These sprechen, dass diese Erklärung durch die UdSSR erzwungen wurde⁷⁹.

Einen anderen Standpunkt in Frage der Erklärung der Regierung der VR Polen von 23. August 1953 vertreten u.a. Władysław Czapliński, Jerzy Kranz, Jerzy Menkes, Robert Grzeszczak, Krzysztof Indeck⁸⁰. Sie erklären grundsätzlich, dass diese Erklärung einen einseitigen Akt darstellt, der für den polnischen Staat gegenüber Deutschland als Ganzes verbindlich ist. Insbesondere W. Czapliński vertrat die Ansicht, dass die Erklärung der Regierung der VR Polen an „Deutschland“ und nicht nur an die DDR adressiert war und dass sie den Verzicht des polnischen Staats auf Geltendmachung von weiteren Reparationsansprüchen betraf. Seiner Ansicht nach, resultiert es aus dem Umstand, dass Reparationsansprüche von Polen gemäß dem Potsdamer Abkommen und den Vereinbarungen mit den anderen Alliierten aus Reparationen der sowjetischen Besatzungszone befriedigt werden sollten, sowie aus dem Umstand, dass die DDR gegenüber den Ostblockstaaten ganz Deutschland

⁷⁸ Text: *Problem reparacji, odszkodowań i świadczeń w stosunkach polsko-niemieckich 1944-2004*, Band II, Dokumenty, hrsg. von Dębski, W. M. Góralski, Warszawa 2004, S. 529 – 535.

⁷⁹ Siehe W. Jarząbek, *Ekspertyza z dnia 11 lutego 2005 r. w sprawie oceny oświadczenia rządu PRL z 1953 r. w świetle dokumentów znajdujących się w polskich archiwach (dotyczących okresu 1953 – 1959)*; J. Wojnowska – Radzińska, *Opinia prawna z dnia 21 listopada 2014 r. dotycząca procedury oraz realności starań Rzeczypospolitej Polskiej o odszkodowanie od RFN z tytułu reparacji wojennych za drugą wojnę światową, a także potencjalnej wysokości tego odszkodowania oraz kwestii skuteczności zrzeczenia się tego odszkodowania przez władze PRL, w nawiązaniu do publikacji prasowej pt. „Biliony za wojnę”*, S. 6.

⁸⁰ Siehe W. Czapliński, *Pojęcie reparacji wojennych w prawie międzynarodowym. Reparacje po drugiej wojnie światowej*, „Sprawy Międzynarodowe” 2005, Heft 1; W. Czapliński, *Odpowiedzialność agresora za bezprawne wszczęcie i prowadzenie wojny*, (in:) *Problemy prawne w stosunkach polsko – niemieckich u progu XXI wieku*, Hrsg. W. Czapliński, B. Łukańska, Warszawa 2009; J. Kranz, *Polsko – niemieckie cienie przeszłości*, „Sprawy Międzynarodowe” 2005, Heft 1; J. Menkes, *Prawne i polityczne determinanty sporu wokół oświadczenia rządu PRL z 23 sierpnia 1953 roku w sprawie zrzeczenia się reparacji od Niemiec*, (in:) *Prawo międzynarodowe – problemy i wyzwania. Księga Pamiątkowa Profesor Renaty Sonnenfeld – Tomporek*, Hrsg. J. Menkes, Warszawa 2006; R. Grzeszczak, *Kompleksowa analiza trudnego problemu*, „Prawo Europejskie w praktyce” 2007, Nr. 9; R. Grzeszczak, *Problematyka roszczeń majątkowych w stosunkach polsko – niemieckich*, (w:) *Problemy prawne w stosunkach polsko – niemieckich u progu XXI wieku*, Hrsg. W. Czapliński, B. Łukańska, Warszawa 2009; K. Indeck, *Z problematyki odszkodowań wojennych (casus Polski)*, (in:) *Aktualne zagadnienia litewskiego i polskiego prawa karnego*, Hrsg. K. Indeck, S. Lelental, Łódź 2007. Siehe auch: J. Eckert, *Reparacje wojenne a rezygnacja z nich: niemiecko – polskie stosunki z perspektywy historyczno – prawnej*, „Ruch Prawniczy, Ekonomiczny i Socjologiczny” 2005, Heft 2; P. Daranowski, *Reparacje*

vertrat⁸¹. Im Zusammenhang damit erklärte er, dass die „Erklärung von 1953 für alle nachfolgenden Regierungen der Republik Polen verbindlich ist“, weil sie „Reparationsansprüche gegenüber ganz Deutschland betraf, auch wenn sie nur an die DDR-Regierung adressiert war“, weil „zu dieser Zeit eben die DDR, nach Ansicht der Staaten des sozialistischen Blocks, der einzige legitime deutsche Staat im Unterschied zu der BRD war“⁸². Darüber hinaus soll man nach W. Czapliński aus Mangel an Regelungen im Hinblick auf Kriegsreparationen in dem s.g. 2+4-Vertrag den Schluss ziehen, dass die Parteien diese Frage für gelöst hielten⁸³. R. Grzeszczak stellte dagegen *explicite* fest, dass wenn wir „den abschließenden Rechtscharakter des Potsdamer Abkommens im Hinblick auf die Polen zustehenden Reparationen in Frage stellen und Zahlungsansprüche gegenüber Deutschland geltend machen wollen, dann müssen wir bedenken, dass dieses Abkommen für Polen, als Drittstaat, weitere günstige Bestimmung enthält im Hinblick auf territoriale Zugewinne und Umsiedlung der deutschen Bevölkerung enthält“⁸⁴.

VIII. Die von der BRD abgeschlossenen völkerrechtlichen Verträge betreffend Kriegsentschädigungen

Eine Analyse aller völkerrechtlichen Verträge, die die Kriegsreparationen nach dem Zweiten Weltkrieg betreffen, würde den Umfang dieses Rechtsgutachtens sprengen. Bevor die Verträge, die die BRD mit anderen Staaten im Kontext der Kriegsentschädigungen geschlossen hat, besprochen werden, müssen zunächst einige allgemeine Bemerkungen zum Zeitraum nach dem Jahre 1945, davon zu den von den westlichen Staaten geschlossenen Verträgen, gemacht werden. Die oben besprochenen Verträge: das Jalta-Abkommen (Krim-Abkommen) sowie das

wojenne/polskie reparacje wojenne po II wojnie światowej – wizje i rzeczywistość, (in:) *Ubi ius, ibi remedium. Księga dedykowana pamięci profesora Jana Kolasy*, Warszawa 2016.

⁸¹ Siehe W. Czapliński, *Problematyka reparacji wojennych w stosunkach polsko – niemieckich*, Ekspertyza BSiE Nr. 303, IP – 105P, S. 35.

⁸² W. Czapliński, *Pojęcie reparacji wojennych w prawie międzynarodowym. Reparacje po drugiej wojnie światowej*, „Sprawy Międzynarodowe” 2005, Heft 1, S. 77.

⁸³ W. Czapliński, *Regulacja pokojowa z Niemcami po II wojnie światowej*, „Państwo i Prawo” 1991, Heft 2, S. 45.

⁸⁴ R. Grzeszczak, *Problematyka roszczeń majątkowych w stosunkach polsko – niemieckich*, (in:) *Problemy prawne w stosunkach polsko – niemieckich u progu XXI wieku*, Hrsg. W. Czapliński, B. Łukański, Warszawa 2009, S. 149 – 150. Siehe auch: *Stanowisko Doradczego Komitetu Prawnego przy Ministrze Spraw Zagranicznych w sprawie roszczeń reparacyjnych Polski wobec Niemiec w związku z drugą wojną światową*, Warszawa, dnia 10 lutego 2005 r., „Sprawy Międzynarodowe” 2005, Heft 1, S. 139 – 143; J. Barcz, J. A. Frowein, *Ekspertyza w sprawie roszczeń z Niemiec przeciwko Polsce w związku z drugą wojną światową*, 2 listopada 2004 r., „Sprawy Międzynarodowe” 2005, Heft 1, „Prawo Europejskie w praktyce” 2007, Nr. 9.

Potsdamer Abkommen hatten einen Rahmencharakter und nach dem letzteren war die UdSSR verpflichtet, die Reparationsansprüche Polens aus ihrem eigenen Anteil an den Reparationen zu befriedigen⁸⁵. Danach übergab der polnische Staat während der 1947 in London organisierten Konferenz der stellvertretenden Außenminister ein Memorandum betreffend den Friedensvertrag mit Deutschland. Das Memorandum enthielt das Kapitel *Entschädigungen und Restitutionsen*, in dem ein Verzeichnis der zu regelnden Fragen zu finden war. Ohne die Bestimmungen des Memorandum detailliert zu analysieren, sollte man bemerken, dass der damalige polnische Staat darin zum Ausdruck brachte, dass Deutschland gezwungen werden sollte, in größtmöglichem Ausmaß für die Verluste und die Leiden, die es den Vereinten Nationen verursacht hat, Ausgleich zu schaffen und dass sich Polen das Recht vorbehält, weitere konkrete Anträge in diesem Zusammenhang zu stellen⁸⁶. Darüber hinaus wurden die sog. Pariser Friedensverträge 1947 mit den Verbündeten des Deutschen Reiches abgeschlossen⁸⁷, die Bestimmungen hinsichtlich der Entschädigungen und Restitutionsen enthielten⁸⁸.

Im Falle der Westmächte hingegen wurden die Kriegsenreparationen separat geregelt und basierten auf den Lösungen des Friedensvertrags von Versailles. Als erste Regelung dieser Frage galt das Pariser Abkommen, das von den Drei Westmächten, den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich, am 14. Januar 1946 mit anderen 15 alliierten Staaten in Paris abgeschlossen wurde. Man sollte bemerken, dass die Parteien des Abkommens auch Albanien, Tschechoslowakei und Jugoslawien waren. Im Abkommen wurden die Reparationsansprüche der westlichen Staaten prozentual gegliedert sowie die Grundsätze ihrer Aufrechnung gegen das schon übernommene Vermögen geregelt⁸⁹. Der prozentuale Anteil der einzelnen Staaten wird in der nachfolgenden Zusammenstellung erfasst.

⁸⁵ Siehe S. Cholewiak, *Reparacje i odszkodowania wojenne (1939 – 1954). Wybór dokumentów ze wstępu*, Warszawa 1972, S. 68 – 69.

⁸⁶ Siehe A. Klafkowski, *Reparacje wojenne – odszkodowania wojenne*, „Życie i Myśl” 1990, Heft 9/10, S. 31 ff.

⁸⁷ Betrifft: Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland.

⁸⁸ Siehe R. Zięba, *Stanowisko Polski w sprawie paryskich traktatów pokojowych 1947*, Warszawa 1981, S. 126 ff.

⁸⁹ Ausführlicher: M. Muszyński, *Przejęcie majątków niemieckich przez Polskę po II wojnie światowej. Studium prawnomiędzynarodowe i porównawcze*, Bielsko – Biala 2003, S. 194 ff.

Tabelle 3. Prozentuale Zusammenstellung der Reparationsansprüche der westlichen Staaten⁹⁰

Staat	Kategorie A	Kategorie B
Albanien	0,05	0,35
Vereinigte Staaten	28,00	11,00
Australien	0,70	0,95
Belgien	2,70	4,50
Kanada	3,50	1,50
Dänemark	0,25	0,35
Ägypten	0,05	0,20
Frankreich	16,00	22,80
Großbritannien	28,00	27,80
Griechenland	2,70	4,35
Indien	2,00	2,90
Luxemburg	0,15	0,40
Norwegen	1,30	1,90
Neuseeland	0,40	0,60
Niederlande	3,90	5,60
Tschechoslowakei	3,00	4,30
Südafrikanische Union	0,70	0,00
Jugoslawien	6,60	9,60
Gesamt	100,00%	100,00%

Ein weiterer völkerrechtlicher Vertrag war die Bonner Konvention (der Bonner Vertrag) vom 26. Mai 1952 zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen. Darin wurden die Bestimmungen der Pariser Verträge detaillierter geregelt. Die Parteien waren die Drei Westmächte und die BRD. Kapitel VI des Vertrages betraf die Reparationen, wobei die Frage offen blieb und die Zahlungen aufgeschoben wurden⁹¹. Wichtig ist, dass der Vertrag explizit zwischen dem Begriff des Schadensersatzes (der Entschädigung) und dem Begriff der Reparation unterschied. Der erste Begriff bezog sich eben auf die direkten Opfer des NS-Terrors, die aufgrund u.a. von politischen Ansichten, Rasse, Religion ums Leben gekommen oder geschädigt worden waren⁹². Der dritte Vertrag war das Londoner Abkommen über

⁹⁰ Zur Kategorie A gehörten Reparationen aus dem deutschen Vermögen im Ausland, den deutschen Goldbeständen, die von den Verbündeten übernommen wurden, sowie Lieferungen aus der laufenden Produktion. Die Kategorie B umfasste die bestehende industrielle Ausstattung – Maschinen und Schiffen. Siehe S. Cholewiak, *Reparacje i odszkodowania wojenne (1939 – 1954). Wybór dokumentów ze wstępem*, Warszawa 1972, S. 119; S. Cholewiak, *Odszkodowania wojenne europejskich państw Osi po II wojnie światowej*, „Sprawy Międzynarodowe” 1973, Heft 1, S. 56.

⁹¹ S. Cholewiak, *Reparacje i odszkodowania wojenne (1939 – 1954). Wybór dokumentów ze wstępem*, Warszawa 1972, S. 138 ff. Siehe M. Muszyński, *Przejęcie majątków niemieckich przez Polskę po II wojnie światowej. Studium prawnomiędzynarodowe i porównawcze*, Bielsko – Biała 2003, S. 198.

⁹² K. Kocot, *Problem pojęć: reparacje wojenne, restytucja, odszkodowania itp. w aspekcie umowy poczdamskiej, traktatów pokojowych, umów zawartych przez NRF, wyroków sądowych i doktryny prawa międzynarodowego*, Warszawa 1974, S. 54 ff.

deutsche Auslandsschulden vom 25. Februar 1953⁹³. Es betraf die Rückzahlung der deutschen Auslandsschulden aus dem Zeitraum vor den 8. Mai 1945. Die Parteien des Abkommens waren die BRD und 33 alliierte Staaten. In Art. 5 Pkt. 2 des Abkommens hieß es, dass eine Prüfung der Forderungen von Staaten, die sich mit dem ehemaligen Deutschen Reich im Kriegszustand befanden oder deren Gebiet vom Deutschen Reich besetzt war, bis zu der endgültigen Regelung der Reparationsfrage zurückgestellt wird⁹⁴. Die Parteien des Londoner Abkommens werden in der nachstehenden Zusammenstellung erfasst.

Tabelle 4. Die Parteien des Londoner Abkommens⁹⁵

Staat	Tag des Inkrafttretens des Abkommens	Staat	Tag des Inkrafttretens des Abkommens
Südafrika	1.01.1954	Kambodscha	16.09.1953
Argentinien	30.12.1958	Kanada	14.11.1953
Australien	29.09.1954	Lichtenstein	31.12.1953
Österreich	20.08.1958	Luxemburg	29.06.1954
Belgien	18.01.1954	Norwegen	8.10.1958
Ceylon	10.02.1955	Neuseeland	4.10.1955
Chile	15.10.1953	Pakistan	27.10.1953
Dänemark	13.10.1953	Peru	2.12.1955
Finnland	25.05.1955	Syrien	8.07.1960
Frankreich	16.09.1953	Schweden	16.09.1953
Griechenland	21.04.1956	Schweiz	31.12.1953
Spanien	25.08.1954	Thailand	20.12.1958
Niederlande	1.08.1958	Italien	19.07.1966
Iran	22.12.1953	Großbritannien	16.09.1953
Irland	12.11.1953	Vereinigte Staaten	16.09.1953
Israel	23.10.1956	Vereinigte Arabische Republik	16.09.1953
Jugoslawien	15.03.1956		

⁹³ Siehe A. Klafkowski, *Reparacje wojenne – odszkodowania wojenne*, „Życie i Myśl” 1990, Heft 9/10, S. 33 – 34.

⁹⁴ *Ibidem*, S. 33.

Darüber hinaus schloss die Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1959 – 1964 mit 12 europäischen Staaten Verträge betreffend Zahlung individueller Entschädigungen an Bürger jener Staaten. Der Gesamtwert der gezahlten Entschädigungen betrug ca. 1 Mrd. Mark⁹⁶. Die Verteilung ist aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich.

Tabelle 5. Verträge der BRD mit anderen Staaten⁹⁷

Staat	Abschlussdatum	Höhe der Entschädigung in Mio. Deutschmark
Luxemburg	11. Juli 1959	18
Norwegen	7. August 1959	60
Dänemark	24. August 1959	15
Griechenland	18. März 1960	115
Niederlande	8. April 1960	125
Frankreich	15. Juli 1960	400
Belgien	28. September 1960	80
Italien	2. Juni 1961	40
Schweiz	29. Juni 1961	10
Österreich	27. November 1961	101
Großbritannien	9. Juni 1964	11
Schweden	3. August 1964	1
Insgesamt		997 Mio. Deutschmark

Diese Staaten kann man in bestimmte Gruppen einteilen und zwar: durch Deutschland besetzte Staaten, die keine Unterzeichner des Potsdamer Abkommens waren; Staaten mit denen Friedensverträge unterzeichnet wurden (Italien, Österreich); Großmächte (Vereinigte Staaten, Großbritannien, Frankreich) – Signatare des Potsdamer Abkommens; im 2. Weltkrieg neutrale Staaten (Schweden, Schweiz)⁹⁸. Es ist erwähnenswert, dass die Parteien in den Verträgen weder den Begriff Reparationen gebrauchen, noch sich auf die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens bezogen. Die Verteilung der in den Verträgen festgelegten Entschädigungen (Geldleistungen) auf die geschädigten Personen wurde den

⁹⁵ M. Muszyński, *Przejęcie majątków niemieckich przez Polskę po II wojnie światowej. Studium prawnomiędzynarodowe i porównawcze*, Bielsko – Biała 2003, S. 201.

⁹⁶ Siehe S. Cholewiak, *Odszkodowania wojenne europejskich państw Osi po II wojnie światowej*, „Sprawy Międzynarodowe” 1973, Heft 1, S. 67 – 68.

⁹⁷ Ibidem, S. 68. Siehe A. Janicka, *Problem odszkodowań wojennych dla obywateli polskich w stosunkach polsko – niemieckich*, „Prawo – Administracja – Kościół” 2000, Nr. 4, S. 46 – 47; K. Ruchniewicz, *Polskie zabiegi o odszkodowania niemieckie w latach 1944/45 – 1975*, Wrocław 2007, S. 49.

⁹⁸ Ausführlicher: K. Kocot, *Problem pojęć: reparacje wojenne, restytucja, odszkodowania itp. w aspekcie umowy poczdamskiej, traktatów pokojowych, umów zawartych przez NRF, wyroków sądowych i doktryny prawa międzynarodowego*, Warszawa 1974, S. 56 ff.

Regierungen der einzelnen Unterzeichnerstaaten überlassen⁹⁹. Die weiter oben genannten bilateralen Verträge betreffen Kriegsentschädigungen infolge Rassenverfolgung. A. Klafkowski stellte im Zusammenhang damit fest, dass sie „in den deutschen Kommentaren als >>Ehrenschild des deutschen Volks << bezeichnet wurden“, wobei „die westlichen Staaten, die diese Verträge betreffend deutsche Entschädigungen für Zivilbevölkerung unterzeichneten, gleichzeitig in schriftlichen Noten, die einen integralen Teil der Verträgen bildeten, erklärten, dass sie keine Ansprüche an Deutschland aus Kriegsreparationen betreffen“. Daraus ergibt sich folglich „eine klar getrennte Behandlung von Kriegsreparationen und sonstigen Kriegsentschädigungen für Zivilbevölkerung“¹⁰⁰.

Einen anderen Vertrag unterzeichnete die BRD mit Israel, das *de iure* und *de facto* während des 2. Weltkriegs als Staat nicht existierte, durch das Dritte Reich nicht besetzt war und keine diplomatischen Beziehungen zu der BRD unterhielt¹⁰¹, was nach Ansicht von Władysław Czapliński „ein gewisses Phänomen in der Geschichte des Völkerrechts darstellt“¹⁰². Das sog. Luxemburger Wiedergutmachungsabkommen zwischen der BRD und Israel¹⁰³ vom 10. September 1952 betraf die Auszahlung von bestimmten Geldleistungen durch die BRD. Es ging um die Zahlung von 3 Mrd. Deutschmark an den Staat Israel und 450 Mio. Deutschmark an *Conference on Jewish Material Claims against Germany*. Die Zahlungen wurden auf 12 Jahre aufgeteilt. Darüber hinaus änderte die BRD ihre nationale Gesetzgebung zugunsten der jüdischen Opfer.¹⁰⁴

Die letzte Frage betraf Bundesvorschriften der Bundesrepublik Deutschland über Zahlung von Entschädigungen an Opfer des Zweiten Weltkriegs. Es ging nämlich um das Bundesentschädigungsgesetz von 18. November 1953 (nachfolgend BEG

⁹⁹ Ibidem, S. 61.

¹⁰⁰ A. Klafkowski, *Reparacje wojenne – odszkodowania wojenne*, „Życie i Myśl” 1990, Heft 9/10, S. 34. Darüber hinaus schloss die BRD zwei Verträge über Entschädigungen für die Zivilbevölkerung mit den damaligen sozialistischen Staaten ab, d.h. mit Tschechoslowakei (1949) und Ungarn (1971); siehe: ebenda.

¹⁰¹ Siehe *Problemy reparacji wojennych, restytucji mienia oraz odszkodowań w świetle „Wörterbuch des Völkerrechts” Zweite Auflage*. Berlin 1960-1962. B. I-III Verlag Walter de Gruyter u. Co., bearbeitet von Wł. Hanczakowski i Cz. Pilichowski, Warszawa 1974, S. 12; M. Muszyński, *Przejęcie majątków niemieckich przez Polskę po II wojnie światowej. Studium prawnomiędzynarodowe i porównawcze*, Bielsko – Biała 2003, S. 219.

¹⁰² W. Czapliński, *Odpowiedzialność za naruszenia prawa międzynarodowego w związku z konfliktem zbrojnym*, Warszawa 2009, S. 185.

¹⁰³ Ausführlicher: T. Walichnowski, *Izrael a NRF*, Warszawa 1968, S. 55 ff.

¹⁰⁴ Siehe S. Cholewiak, *Reparacje i odszkodowania wojenne (1939 – 1954). Wybór dokumentów ze wstępem*, Warszawa 1972, S. 134 – 137. Ausführlicher: S. Cholewiak, *Odszkodowania wojenne europejskich państw Osi po II wojnie światowej*, „Sprawy Międzynarodowe” 1973, Heft 1, S. 65 – 66.

genannt), das aus mehreren Vorschriften bestand. BEG beschränkte den Kreis von entschädigungsberechtigten Personen u.a. durch Wohnsitzauflage (die s.g. Wohnsitzklausel) und die s.g. diplomatische Klausel; die geschädigte Person sollte zum Zeitpunkt des Bescheids über Zuerkennung der Entschädigung in einem Staat wohnen, mit dem die BRD diplomatische Beziehungen unterhielt. Beide Klauseln fanden auf Antragsteller jüdischer Herkunft keine Anwendung¹⁰⁵. Darüber hinaus wurde am 19. Juli 1957 das Bundesrückerstattungsgesetz (nachfolgend BRG genannt) verabschiedet¹⁰⁶. Nach Schätzungen bezahlte die BRD bis zum 1. Juli 1972 für die individuellen Entschädigungsansprüche insgesamt 44 192 Mrd. Deutschmark, davon aufgrund von BEG – 32 659 Mrd., von BRG – 3 580 Mrd., des Israel- BRD- Abkommens 3 450 Mrd., der Abkommen mit anderen Staat 1 000 Mrd.¹⁰⁷. In den 80-er Jahren wurde geschätzt, dass der Gesamtwert der Entschädigungszahlung an natürliche Personen bis 2000 85 Mrd. Deutschmark betragen wird. Nach diesem Datum wird der Prozess der Auszahlung von Renten und Pensionen aus biologischen Gründen zu Ende gehen¹⁰⁸.

IX. Versuche, in der VR Polen sowie nach 1990, Reparationszahlungen zu bekommen

In der VR Polen wurden zahlreiche Versuche mit dem Ziel unternommen, die Frage der deutschen Entschädigungen nach dem Zweiten Weltkrieg zu regeln¹⁰⁹. Dies geschah in der 21. und 22. Sitzung der UN-Menschenrechtskommission. Der polnische Delegierte Zbigniew Resich bemerkte damals u.a., dass: „die polnischen

¹⁰⁵ Ausführlicher: S. Cholewiak, *Odszkodowania wojenne europejskich państw Osi po II wojnie światowej*, „Sprawy Międzynarodowe” 1973, Heft 1, S. 66 – 67; A. Kłafkowski, *Reparacje wojenne – odszkodowania wojenne*, „Życie i Myśl” 1990, Heft 9/10, S. 34 – 35; A. Janicka, *Problem odszkodowań wojennych dla obywateli polskich w stosunkach polsko – niemieckich*, „Prawo – Administracja – Kościół” 2000, Nr. 4, S. 42 ff; J. Deka, *Niemieckie świadczenia dla robotników przymusowych i niewolniczych*, „Przegląd Zachodni” 2005, Nr. 2, S. 142 – 143.

¹⁰⁶ Siehe J. Ciechanowicz, *Odszkodowania wojenne*, „Przegląd Stosunków Międzynarodowych” 1988, Nr. 1, S. 38 – 39.

¹⁰⁷ Datenquelle: S. Cholewiak, *Odszkodowania wojenne europejskich państw Osi po II wojnie światowej*, „Sprawy Międzynarodowe” 1973, Heft 1, S. 68.

¹⁰⁸ Siehe E. Guz, *RFN a odszkodowania indywidualne dla ofiar hitleryzmu*, „Sprawy Międzynarodowe” 1982, Hefte 1 – 2; J. Ciechanowicz, *Odszkodowania wojenne*, „Przegląd Stosunków Międzynarodowych” 1988, Nr. 1, S. 40.

¹⁰⁹ Ausführlicher: S. Cholewiak, *Odszkodowania wojenne NRF dla obywateli polskich*, „Sprawy Międzynarodowe” 1974, Heft 4; Cz. Pilichowski, *Odszkodowania RFN dla Polaków*, „Sprawy Międzynarodowe” 1974, Heft 11; *Problem reparacji, odszkodowań i świadczeń w stosunkach polsko – niemieckich 1944 – 2004*, Band II, Dokumente, hrsg. von S. Dębski, W. M. Góralski, Warszawa 2004, S. 338 – 348; 353 – 518; K. Ruchniewicz, *Polskie zabiegi o odszkodowania niemieckie w latach 1944/45 – 1975*, Wrocław 2007, S. 156 ff.

Bürger bisher keine Entschädigungen wegen der diskriminierenden Gesetzgebung der BRD erhielten. Die BRD fühlt sich zudem nicht verpflichtet, diese tragische Schuld gegenüber dem polnischen Volk zurückzuzahlen. Ganz im Gegenteil. Die gesamte Gesetzgebung der BRD ist darauf gerichtet, dieser Verpflichtung nicht nachzukommen¹¹⁰. Im Dezember 1970 ging man davon aus, dass der Wert der Ansprüche des polnischen Staates bei rund 172,2 Milliarden US-Dollar liegt, was 258,4 Milliarden PLN vor dem 2. Weltkrieg entsprechen sollte. Davon sollten sich die zivilrechtlichen Entschädigungsforderungen auf 89,3 Milliarden US-Dollar (d.h. 326 DM) belaufen¹¹¹. In der Note des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der VR Polen vom Dezember 1986 an das Außenministerium der BRD heißt es, dass „die Regierung der Volksrepublik Polen lediglich darauf hinweist, dass die Anzahl der lebenden polnischen Staatsbürger, die Opfer des Nazi-Terrors sind, bei 10 084 585 liegt“, und dass „der unvermeidliche Zeitablauf zur Folge hat, dass diese Forderung der Regierung der Republik Polen eine der letzten Chancen darstellt, die Entschädigungsansprüche von den lebenden NS-Opfern durch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland zu regeln“¹¹².

In der damaligen biopolaren Welt konnte die Frage der Entschädigungen allerdings nicht geregelt werden. Darauf machte A. Klafkowski aufmerksam, der sich im Jahre 1990 mit bilateralen Abkommen zwischen der BRD und anderen Staaten auseinandersetzte. Er befand *explicite*, dass „man aufgrund dieser Vorgehensweise feststellen kann, dass die Regelung der Entschädigungen der BRD für Polen ausschließlich von der politischen Entscheidung abhängt“ und dass sich „dabei um kein Recht und auch um keine Gnade seitens des Aggressor-Staats handelt“¹¹³. Weiter stellt er fest, dass Polen berechtigt sei, seine Ansprüche auf Kriegsentuschädigungen mit Vorzugsrecht geltend zu machen, wie dies im Fall von Belgien beim Versailler Vertrag war, weil Belgien als erstes Land im Ersten Weltkrieg von Deutschland überfallen war¹¹⁴.

¹¹⁰ Z. Resich, *Międzynarodowa ochrona praw człowieka*, Warszawa 1981, S. 100 – 101. Siehe J. Ciechanowicz, *Odszkodowania wojenne*, „Przegląd Stosunków Międzynarodowych” 1988, Nr. 1, S. 40 – 41; K. Ruchniewicz, *Polskie zabiegi o odszkodowania niemieckie w latach 1944/45 – 1975*, Wrocław 2007, S. 148 – 149.

¹¹¹ K. Ruchniewicz, *Polskie zabiegi o odszkodowania niemieckie w latach 1944/45 – 1975*, Wrocław 2007, S. 197.

¹¹² *Problem reparacji, odszkodowań i świadczeń w stosunkach polsko-niemieckich 1944-2004*, Band II, Dokumente, hrsg. von S. Dębski, W. M. Góralski, Warszawa 2004, S. 499.

¹¹³ A. Klafkowski, *Reparacje wojenne – odszkodowania wojenne*, „Życie i Myśl” 1990, Heft 11/12, S. 37.

¹¹⁴ Ibidem, S. 38. Siehe M. Muszyński, *Przejęcie majątków niemieckich przez Polskę po II wojnie światowej. Studium prawnomiędzynarodowe i porównawcze*, Bielsko – Biala 2003, S. 227.

Nach Normalisierung der Beziehungen zwischen der VR Polen und der BRD im Jahre 1970¹¹⁵ zahlte die deutsche Regierung der VR Polen aufgrund der Vereinbarung vom 16. November 1972 über Finanzhilfe für die Opfer pseudomedizinischer Experimente¹¹⁶ einen Pauschalbetrag von 100 Millionen DM. Bei dieser Leistung handelte sich allerdings um eine einmalige Hilfe, die von der polnischen Seite aufgeteilt werden sollte. Es ging daher um keine Entschädigung im engeren Sinne. Ähnliche Vereinbarungen wurden abgeschlossen mit: Jugoslawien (8 Millionen DM), Ungarn (6,25 Millionen DM), Tschechoslowakei (7,5 Millionen DM)¹¹⁷. Darüber hinaus wurden 1975 zwischen der VR Polen und der BRD Rentenvereinbarungen abgeschlossen, mit denen die Fragen der Rechtsnachfolge bei Versicherungen geregelt wurden¹¹⁸. Daher befand Ludwik Gelberg im Jahre 1978, dass „polnische Bürger – die Opfer des Nazi-Terrors, in Frage der Kriegsentschädigungen von der BRD-Regierung nicht schlechter behandelt werden können als die Staatsangehörigen von Frankreich, Israel, Norwegen oder anderen Ländern“ und „die polnische Seite formell nicht auf ihre Forderungen in diesem Bereich verzichtete und die Frage weiterhin als offen gilt“¹¹⁹.

Es ist anzumerken, dass im Zwei-plus-vier-Vertrag die Frage der Kriegsreparationen überhaupt nicht zur Sprache gebracht wurde. Besprochen wurde nur allgemein, wie das Problem des 2. Weltkrieges endgültig geregelt werden sollte¹²⁰.

¹¹⁵ Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen. Siehe *Problem reparacji, odszkodowań i świadczeń w stosunkach polsko – niemieckich 1944 – 2004*, Band II, Dokumente, hrsg. von S. Dębski, W. M. Góralski, Warszawa 2004, S. 351 – 352, L. Gelberg, *Układ PRL – NRF z 7 grudnia 1970 roku. Analiza prawna*, Wrocław-Warszawa-Kraków-Gdańsk 1974.

¹¹⁶ Text der Vereinbarung: *Problem reparacji, odszkodowań i świadczeń w stosunkach polsko-niemieckich 1944-2004*, Band II, Dokumente, hrsg. von Dębski, W. M. Góralski, Warszawa 2004, S. 420 – 421. Ausführlicher: D. Sołtysiak, *Podstawy prawne i implementacja odszkodowań niemieckich dla polskich ofiar eksperymentów pseudomedycznych w latach 1945 – 1989*, (in:) *Problem reparacji, odszkodowań i świadczeń w stosunkach polsko-niemieckich 1944-2004*, Band I, Studia, hrsg. von W. M. Góralski, Warszawa 2004.

¹¹⁷ Siehe. J. Ciechanowicz, *Odszkodowania wojenne*, „Przegląd Stosunków Międzynarodowych” 1988, Nr. 1, S. 39; W. Czapliński, *Odpowiedzialność za naruszenia prawa międzynarodowego w związku z konfliktem zbrojnym*, Warszawa 2009, S. 185 – 186.

¹¹⁸ Ausführlicher: W. Czapliński, *Skutki prawne nielegalnego użycia siły w stosunkach międzynarodowych*, Warszawa 1993, S. 142 – 143; J. Barcz, *Sukcesja w dziedzinie ubezpieczenia społecznego w stosunkach polsko – niemieckich po II wojnie światowej*, (in:) *Problem reparacji, odszkodowań i świadczeń w stosunkach polsko-niemieckich 1944-2004*, Band I, Studia, hrsg. von W. M. Góralski, Warszawa 2004; K. Ruchniewicz, *Polskie zabiegi o odszkodowania niemieckie w latach 1944/45 – 1975*, Wrocław 2007, S. 253 ff.

¹¹⁹ L. Gelberg, *Normalizacja stosunków PRL – RFN*, Warszawa 1978, S. 118.

¹²⁰ Ausführlicher: M. Muszyński, *Przejęcie majątków niemieckich przez Polskę po II wojnie światowej. Studium prawnomiędzynarodowe i porównawcze*, Bielsko – Biała 2003, S. 258 ff; J. Deka, *Niemieckie świadczenia dla robotników przymusowych i niewolniczych*, „Przegląd Zachodni” 2005, Nr. 2, S. 145 – 147.

In der deutschen Literatur wird darauf hingewiesen, dass durch eine solche Regelung der deutschen Frage bezüglich des 2. Weltkriegs eine internationale Diskussion über deutsche Kriegsreparationen verhindert werden sollte. Eine solche Debatte befürchtete der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl¹²¹. In diesem Zusammenhang muss daran erinnert werden, dass nach Art. 35 Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969 ein Drittstaat durch eine Vertragsbestimmung verpflichtet wird, wenn die Vertragsparteien beabsichtigen, durch die Vertragsbestimmung eine Verpflichtung zu begründen, und der Drittstaat diese Verpflichtung ausdrücklich in Schriftform annimmt¹²². Damit also der Zwei-plus-vier-Vertrag den Verlust des Anspruchs auf Reparationszahlungen zur Folge hätte, müsste eine solche Absicht der Vertragsparteien festgestellt werden. Zudem müsste diese Verpflichtung ausdrücklich in Schriftform durch Polen angenommen werden. Auf diese rechtliche Frage wurde in einem Rechtsgutachten des Büro für Sejm-Analysen von 2014 hingewiesen¹²³

Es ist auch zu betonen, dass Deutschland den Zwei-plus-vier-Vertrag in gewissem Umfang nicht als endgültige Regelung der Kriegsreparationen betrachtete. Nach der Unterzeichnung des Zwei-plus-vier-Vertrags im Jahre 1990 schloss die BRD nämlich bereits 1995 ein Abkommen mit den Vereinigten Staaten ab, auf dessen Grundlage die deutsche Regierung rund 3 Milliarden DM für NS-Verfolgte bereitstellte¹²⁴. Dieser Betrag sollte durch die US-Regierung aufgeteilt werden, wobei das Abkommen nicht für Zwangsarbeiter galt. Im Jahre 2000 erzielten die BRD-Regierung und deutsche Unternehmer, die im 2. Weltkrieg Zwangsarbeiter beschäftigten, eine Einigung mit den Vereinigten Staaten, Israel sowie mit anderen betroffenen Ländern und privaten Einrichtungen. Aufgrund eines entsprechenden Vertrags wurde eine Stiftung gegründet, die 10 Milliarden DM erhielt, um die Zahlungen an Zwangsarbeiter, Opfer pseudomedizinischer Experimente zu tätigen

¹²¹ Siehe M. Muszyński, *Prawnomiędzynarodowe podstawy niemieckich zobowiązań reparacyjnych na rzecz zwycięskiej koalicji ze szczególnym uwzględnieniem Polski*, (in:) *Problem reparacji, odszkodowań i świadczeń w stosunkach polsko-niemieckich 1944-2004*, Band I, Studia, hrsg. von W. M. Góralski, Warszawa 2004, S. 113.

¹²² GBl. von 1990, Nr. 74, Pos. 439.

¹²³ Siehe J. Wojnowska – Radzińska, *Opinia prawna z dnia 21 listopada 2014 r. dotycząca procedury oraz realności starań Rzeczypospolitej Polskiej o odszkodowanie od RFN z tytułu reparacji wojennych za drugą wojnę światową, a także potencjalnej wysokości tego odszkodowania oraz kwestii skuteczności zrzeczenia się tego odszkodowania przez władze PRL, w nawiązaniu do publikacji prasowej pt. „Biliony za wojnę”, S. 7.*

¹²⁴ Siehe A. Janicka, *Problem odszkodowań wojennych dla obywateli polskich w stosunkach polsko – niemieckich*, „Prawo – Administracja – Kościół” 2000, Nr. 4, S. 53 – 54.

sowie Betroffene für andere Schäden zu entschädigen, die durch deutsche Unternehmen während des Zweiten Weltkrieges angerichtet wurden¹²⁵. Die Vereinbarung war die Folge von Klagen (es wurden Sammelklagen eingereicht), die vor US-amerikanischen Gerichten von Zwangs- und Sklavenarbeitern gegen die auf dem US-amerikanischen Markt tätigen deutschen Unternehmen erhoben wurden. Der Vertrag sollte den letztgenannten die sog. Rechtssicherheit gewährleisten¹²⁶.

Nach der Unterzeichnung des Zwei-plus-vier-Vertrags schloss man zwischen den Regierungen Polens und Deutschland die Vereinbarung vom 16. Oktober 1991 ab, auf deren Grundlage die Stiftung Polnisch-Deutsche Aussöhnung ins Leben gerufen wurde¹²⁷. Die Stiftung erhielt 500 Millionen DM, wobei dieser Betrag um mögliche Zahlungen deutscher Unternehmen ergänzt werden sollte, die polnische Zwangsarbeiter beschäftigten¹²⁸. Insgesamt wurde zwischen Mitte 1992 und Mitte 2004 rund 731 843 600 PLN an 1 060 689 Personen ausgezahlt, was dem Betrag *per capita* von 689,97 PLN entspricht¹²⁹. Daraus folgt, dass sich bei diesen Auszahlungen, ähnlich wie bei der Finanzhilfe für Opfer pseudomedizinischer Experimente, um keine Entschädigungen, sondern nur um humanitäre Hilfe für polnische Bürger - Opfer der Nazi-Verbrechen handelte. Ähnliche Stiftungen wurden aufgrund der Vereinbarungen zwischen der BRD und Weißrussland, Russland sowie der Ukraine eingerichtet. Zudem überwies die BRD einen Betrag von 2 Millionen DM an jeden baltischen Staat als die Entschädigung für die Nazi-Opfer.

Diese Daten zeigen, dass die BRD für polnische Bürger insgesamt ca. 600 Millionen DM bereitstellte, samt Finanzhilfe für Opfer pseudomedizinischer

¹²⁵ Siehe W. Czaplinski, *Odpowiedzialność za naruszenia prawa międzynarodowego w związku z konfliktem zbrojnym*, Warszawa 2009, S. 186 – 187.

¹²⁶ J. Deka, *Niemieckie świadczenia dla robotników przymusowych i niewolniczych*, „Przegląd Zachodni” 2005, Nr. 2, S. 147 ff. Siehe R. Tarnogórski, *Zagadnienie odszkodowań dla obywateli polskich za pracę przymusową i niewolniczą – stan na 1990 rok*, „Polski Przegląd Dyplomatyczny” 2002, Nr. 3; B. Jałowiecki, *Wykonanie porozumienia z 17 lipca 2000 r.*, (in:) J. Barcz, B. Jałowiecki, J. Kranz, *Między pamięcią a odpowiedzialnością. Rokowania w latach 1998 – 2000 w sprawie świadczeń za pracę przymusową*, Warszawa 2004, S. 121 ff.

¹²⁷ *Problem reparacji, odszkodowań i świadczeń w stosunkach polsko-niemieckich 1944-2004*, Band II, Dokumenty, hrsg. von Dębski, W. M. Góralski, Warszawa 2004, S. 537 – 540.

¹²⁸ Siehe A. Janicka, *Problem odszkodowań wojennych dla obywateli polskich w stosunkach polsko – niemieckich*, „Prawo – Administracja – Kościół” 2000, Nr. 4, S. 56 ff.; M. Tomala, *Kwestia odszkodowań niemieckich po 1990 roku*, „Polski Przegląd Dyplomatyczny” 2002, Nr. 3.

¹²⁹ Detaillierte Angaben: J. Sulek, *Niemiecka pomoc humanitarna i finansowa w latach 1991 – 2004 dla poszkodowanych przez III Rzeszę w Polsce. Problemy polityczne i prawne*, (in:) *Problem reparacji, odszkodowań i świadczeń w stosunkach polsko-niemieckich 1944-2004*, Band I, Studia, hrsg. von W. M. Góralski, Warszawa 2004, S. 372 – 373. Siehe J. Sulek, *Świadczenia finansowe dla byłych robotników niewolniczych i przymusowych III Rzeszy oraz innych ofiar nazizmu. Bilans wypłat w Polsce z lat 1999 – 2004*, (in:) *Problem reparacji, odszkodowań i świadczeń w stosunkach polsko-niemieckich 1944-2004*, Band I, Studia, hrsg. von W. M. Góralski, Warszawa 2004.

Experimente und Auszahlungen der Stiftung Polnisch-Deutsche Aussöhnung. Der genannte Betrag macht nicht einmal 1 % dessen aus, was nach dem Zweiten Weltkrieg durch die deutsche Regierung für Entschädigungen an die Bürger westeuropäischer Länder, der Vereinigten Staaten und Israel ausgezahlt wurde¹³⁰.

X. Schlussfolgerungen

Aufgrund der vorliegenden Analyse der Frage nach Entschädigungsansprüchen für erlittene materielle und personelle Verluste, kann man einige wichtige Schlussfolgerungen formulieren. Erstens aus den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens von 1945 ergibt es sich, dass sie im Hinblick auf Reparations- und Kriegsentschädigungszahlungen eher Rahmencharakter hatten.¹³¹ Die spätere Teilung der Welt in zwei Einflussbereiche, d.i. in die westlichen Staaten mit den Vereinigten Staaten an der Spitze und die UdSSR mit den anderen sozialistischen Staaten, war für die Geltendmachung von Ansprüchen auf Kriegsentschädigung ausschlaggebend. Einen Einfluss darauf hatte auch die Gründung von zwei deutschen Staaten; der BRD und der DDR.¹³² Es ist erwähnenswert, dass nach der Unterzeichnung des s.g. 2+4-Vertrags im September 1990 die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich ein Abkommen mit der BRD schlossen, in dem ein Verbot der Erhebung von Ansprüchen durch Bürger wegen Vermögensverluste infolge von Handlungen dieser Staaten sowie der Unterstützung von solchen Ansprüchen durch den deutschen Staat bekräftigt wurde¹³³.

Zweitens gibt es bis heute keine klare Begriffsbestimmung von Reparationen und Kriegsentschädigung, was dazu führt, dass darüber in der Praxis die Schließung von Friedensverträgen entscheidet, die sich in der Vergangenheit häufig mit dieser Frage nicht auseinandersetzen¹³⁴. Ausgehend von der Annahme, dass

¹³⁰ A. Janicka, *Problem odszkodowań wojennych dla obywateli polskich w stosunkach polsko – niemieckich*, „Prawo – Administracja – Kościół” 2000, Nr. 4, S. 59. Vgl. K. Ruchniewicz, *Polskie zabiegi o odszkodowania niemieckie w latach 1944/45 – 1975*, Wrocław 2007, S. 273 – 274.

¹³¹ K. Kocot, *Problem pojęć: reparacje wojenne, restytucja, odszkodowania itp. w aspekcie umowy poczdamskiej, traktatów pokojowych, umów zawartych przez NRF, wyroków sądowych i doktryny prawa międzynarodowego*, Warszawa 1974, S. 65.

¹³² Ausführlicher: L. Gelberg, *Niemcy po drugiej wojnie światowej. Refleksje o sytuacji prawnej*, Wrocław-Warszawa-Kraków-Gdańsk 1971.

¹³³ Siehe M. Muszyński, *Prawnomiędzynarodowe podstawy niemieckich zobowiązań reparacyjnych na rzecz zwycięskiej koalicji ze szczególnym uwzględnieniem Polski*, (in:) *Problem reparacji, odszkodowań i świadczeń w stosunkach polsko-niemieckich 1944-2004*, Band I, Studia, hrsg. von W. M. Góralski, Warszawa 2004, S. 115 – 116.

¹³⁴ Siehe M. Muszyński, *Przejęcie majątków niemieckich przez Polskę po II wojnie światowej. Studium prawnomiędzynarodowe i porównawcze*, Bielsko – Biała 2003, S. 247 – 248; M. Muszyński,

Kriegsreparationen eine direkte Folge von Kriegshandlungen und damit verbundenen personellen und materiellen Verlusten sind, muss man feststellen, dass der polnische Staat während des 2. Weltkriegs größere Verluste infolge der deutschen Besatzung erlitten hat. Es ist erwähnenswert, dass die mit direkten Kriegshandlungen verbundenen demographischen Verluste nur ca. 10% der gesamten Verluste an Menschen ausmachen. Der Rest dieser Verluste war durch die Vernichtungs- und Wirtschaftspolitik des Besatzers verursacht worden. Eine Folge davon ist, dass die Entschädigungsansprüche dieser Art, insbesondere die individuellen, um ein Mehrfaches höher sind, als die Kriegsreparationen infolge der Kampfhandlungen des Dritten Reichs. Darauf verwies A. Klafkowski in dem bereits zitierten Rechtsgutachten von Januar 1990, das für Geltendmachung von Entschädigungsansprüchen polnischer Kriegsoffer angefertigt wurde¹³⁵.

Drittens; umstritten ist auch der Sachverhalt, ob die Erklärung von 23. August 1953 über den Verzicht auf Ansprüche gegenüber Deutschland tatsächlich gemäß der damals in der VR Polen geltenden Rechtsordnung abgegeben wurde. Es ist natürlich auch umstritten, ob diese Erklärung rechtswirksam war, was in der Fachliteratur erörtert wird. Einen Einfluss darauf haben vor allem Fragen im Zusammenhang mit der politisch-wirtschaftlichen Lage in der DDR, der Wortlaut der Erklärung der UdSSR, Junktum mit der Erklärung der Regierung der VR Polen, weil die Regierung der UdSSR lediglich die Kriegsreparationen unterbrach, der sekundäre Charakter der Erklärung der polnischen Regierung angesichts der damaligen politischen und wirtschaftlichen Lage des polnischen Staats hatte, gemäß dem Grundsatz *argumentum a minori ad maius*. Darüber hinaus gehörten laut der damals geltenden polnischen Verfassung von 22. Juli 1952 Fragen der Ratifizierung und Kündigung von völkerrechtlichen Verträgen zu der Zuständigkeit des Staatsrats (Art. 25 Abs. 1 Ziff. 7 der polnischen Verfassung). Am 18. Februar 1955 fasste der Staatsrat (und nicht der Ministerrat) den Beschluss über die Beendigung des Kriegszustands zwischen der Volksrepublik Polen und Deutschland¹³⁶. Der Ministerrat war nach Art. 32 Ziff. 9 der polnischen Verfassung von 1952 für Beziehungen im auswärtigen Bereich zuständig. Es ist nennenswert, dass die

Prawnomiędzynarodowe podstawy niemieckich zobowiązań reparacyjnych na rzecz zwycięskiej koalicji ze szczególnym uwzględnieniem Polski, (in:) *Problem reparacji, odszkodowań i świadczeń w stosunkach polsko-niemieckich 1944-2004*, Band I, Studia, hrsg. von W. M. Góralski, Warszawa 2004, S. 104 ff.

¹³⁵ A. Klafkowski, *Ekspertyza podstaw prawnych roszczeń indywidualnych o odszkodowania wojenne*, Warszawa 2000, S. 28 ff.

¹³⁶ Monitor Polski Nr. 17, Pos. 172.

gegenseitigen Ansprüche aus Schäden aus der Zeit des 1. Weltkriegs zwischen der 2. Polnischen Republik und dem deutschen Staat am 31. Oktober 1929 nach der Unterzeichnung des s.g. Liquidationsabkommen beendet worden sind, was nach dem Zweiten Weltkrieg nicht erfolgte.

In den 50er und 60er Jahren schloss die BRD 12 bilaterale Abkommen bezüglich der Entschädigungen mit europäischen Ländern, davon mit Schweden und der Schweiz ab, die im Zweiten Weltkrieg neutral waren. Zudem unterzeichnete die BRD ein Abkommen mit Israel (das Luxemburger Abkommen), das während des Zweiten Weltkrieges weder als Staat existierte noch von Nazi-Deutschland besetzt wurde. Dadurch wurden die Entschädigungsansprüche nach den Prinzipien der völkerrechtlichen Verträge geltend gemacht. Es ist auch hinzuzufügen, dass solche Verträge nach 1990 abgeschlossen wurden, u.a. als Folge von Sammelklagen, die man in den Vereinigten Staaten erhob.

Entschädigungen, die aufgrund von völkerrechtlichen Verträgen ausgezahlt wurden, machten über 90 % aller Auszahlungen der BRD an die Betroffenen aus. Auch nationale Regelungen der BRD machten - durch die Einführungen besonderer Klausel - die Geltendmachung der Entschädigungsansprüche durch polnische Bürger unmöglich. Darauf machte Krzysztof Ruchniewicz aufmerksam, der in der 2007 herausgegebenen Monographie über polnische Versuche, Entschädigungen von Deutschland zu erhalten, stellte *expressis verbis* fest, dass die BRD, „sich zwar von Nazi-Zeiten distanzierte und diese verurteilte, dennoch versuchte man zugleich, Auszahlung von individuellen Entschädigungen in größerem Umfang zu vermeiden, wobei der wirtschaftliche Faktor die erste Rolle spielte“¹³⁷. Zudem betrieb die BRD Politik nach dem Motto der politisch-moralen Verjährung“¹³⁸. Allerdings, wie A. Klafkowski, befand: „im völkerrechtlichen Recht werden Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht verjährt. Auch die Ansprüche auf Entschädigung wegen solcher Verbrechen verjähren sich nicht“¹³⁹. Freilich galt eine solche Politik grundsätzlich für sog. osteuropäische Länder, wobei es - wegen des Umfangs der Entschädigungen – in erster Reihe um Polen ging. Im Fall von Polen bezogen sich individuelle Entschädigungen auf Opfer pseudomedizinischer

¹³⁷ K. Ruchniewicz, *Polские zabiegi o odszkodowania niemieckie w latach 1944/45 – 1975*, Wrocław 2007, S. 270.

¹³⁸ Siehe. Dekka, *Niemieckie świadczenia dla robotników przymusowych i niewolniczych*, „Przegląd Zachodni” 2005, Nr. 2, S. 145.

Experimente und auf Zahlungen im Rahmen der Stiftung Polnisch-Deutsche Aussöhnung. Wenn man dies den verheerenden Kriegszerstörungen und den Kosten der deutschen Besatzung gegenüberstellt, so kann man nur über humanitäre Hilfe für die polnische Opfer des Zweiten Weltkrieges sprechen, die weit von tatsächlichen Schäden entfernt ist.

In dieser Sache hat sich schon 1960 Manfred Lachs geäußert, der in gewissem Sinne der heutige Rechtsstand antizipierte. Er stellte nämlich fest, dass „keinen besonderen Beweis die Tatsachen bedürfen, die von besonderer Grausamkeit des deutschen Besatzers auf dem polnischen Boden zeugen. Die Behandlung polnischer Bevölkerung stellte doch krasseste Verletzung jeglicher Kriegsrechte und der Rechte der Bevölkerung im besetzten Land dar. Infolge dieser Rechtsverletzungsakten wurde Polen durchaus geplündert. Abgelehnt wurden jegliche Rechtsscheine. Es wurde brutale Gewalt angewandt, die von Autoren der Gesetze und Gebräuche des Landkriegs des Haager Abkommens nicht einmal vorgesehen wurde“. Daher, „im Hinblick auf diese Tatsachen sollten formelle Erwägungen den sachlichen Erwägungen und offensichtlichen Billigkeitserwägungen weichen und es sollte geschehen, was das Potsdamer Abkommen erforderte: „in größtmöglichem Ausmaß Ausgleich für die Verluste und die Leiden zu schaffen, die es den Vereinten Nationen verursacht wurden. Es ging doch darum, in erster Reihe diejenige Länder zu entschädigen, die den Hauptlast des Kriegs trugen und die größten Schäden erlitten¹⁴⁰.

Angefertigt von:

Dr. habil. Robert Jastrzębski
Experte für Gesetzgebung
im Büro für Sejm-Analysen

Akzeptiert von:
Stellv. Leiter des Büros für Sejm-Analysen

Przemysław Sobolewski

REX-Deskriptoren: Reparationen, Entschädigungen, Zweiter Weltkrieg, völkerrechtliche Verträge.

¹³⁹ A. Klafkowski, *Ekspertyza podstaw prawnych roszczeń indywidualnych o odszkodowania wojenne*, Warszawa 2000, S. 21.

¹⁴⁰ M. Lachs, *Problem prawny restytucji złota zagrabionego w okresie wojny*, „Państwo i Prawo” 1960, Heft 6, S. 909 – 910.